

Zeitschrift für angewandte Chemie.

XVIII. Jahrgang.

Heft 37.

15. September 1905.

Alleinige Annahme von Inseraten bei den Annoncenexpeditionen von August Scherl G. m. b. H., und Daube & Co., G. m. b. H., Berlin SW. 12, Zimmerstr. 37—41

sowie in deren Filialen: **Breslau**, Schweidnitzerstr. Ecke Karlstr. 1. **Dresden**, Seestr. 1. **Elberfeld**, Herzogstraße 38. **Frankfurt a. M.**, Kaiserstr. 10. **Hamburg**, Alter Wall 76. **Hannover**, Georgstr. 39. **Kassel**, Obere Königstr. 27. **Köln a. Rh.**, Hohestr. 145. **Leipzig**, Petersstr. 19, 1. **Magdeburg**, Breitweg 184, 1. **München**, Kaufingerstraße 25 (Domfreiheit). **Nürnberg**, Kaiserstraße Ecke Fleischbrücke. **Stuttgart**, Königstr. 11, 1. **Wien I**, Graben 28.

Der Insertionspreis beträgt pro mm Höhe bei 45 mm Breite (3 gespalten) 15 Pfennige, auf den beiden äußeren Umschlagseiten 20 Pfennige. Bei Wiederholungen tritt entsprechender Rabatt ein. Beilagen werden pro 1000 Stück mit 8.— M für 5 Gramm Gewicht berechnet; für schwere Beilagen tritt besondere Vereinbarung ein.

INHALT:

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Bremen am 14.—18. Juni 1905.

Festsitzung 1473.

Geschäftliche Sitzung 1479.

Referate:

Gärungsgewerbe 1496.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil:

Tagesgeschichtliche und Handelsrundschau: Amerikanische Handelsagenten im Auslande; — Die Standard Oil Co. und der Glukosetrust 1499; — Niederlande: Ergänzung der Vorschriften über Sprengstoffe; — Handelsnotizen 1500; — Personalnotizen; — Neue Bücher 1501; — Bücherbesprechungen 1502; — Patentlisten 1503.

Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Bremen am 14.—18. Juni 1905.

2. Festsitzung.

Donnerstag, den 15. Juni 1905
im großen Saale des Künstlervereins.

Im großen Saale des Künstlervereins versammelte sich um 9¹/₂ Uhr eine stattliche Anzahl unserer Mitglieder und Gäste, insbesondere die Vertreter der städtischen Behörden und der uns befreundeten Vereine.

Leider brachte die Sitzung eine kleine Enttäuschung insofern, als der mit allgemeiner Spannung erwartete Vortrag: „Über Kunstseide“, infolge der Verhinderung des Herrn Dr. Lehnert in Schierstädt¹⁾ unterbleiben mußte.

Um 9³/₄ Uhr eröffnete der Vorsitzende, Medizinalrat Dr. E. A. Merck, die Versammlung mit folgender Ansprache:

Hochverehrte Festversammlung! Zur hohen Ehre und Freude wird mir heute die Pflicht des ersten Vorsitzenden, die auf den Ruf des Vorstandes erschienenen Ehrengäste, Freunde und Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker zu begrüßen und Ihnen unseren Dank für Ihr zahlreiches Erscheinen auszudrücken. Ehrerbietigsten Dank den städtischen Behörden der freien Hansastadt Bremen für das wohlwollende Interesse, daß sie unserer Hauptversammlung entgegengebracht haben. Wärmsten Dank auch dem Ehrenausschuß und dem geschäftsführenden Ausschuß für die große Last von Arbeit und Mühe, die sie durch die Einladung zur Haupt-

versammlung auf sich genommen haben. Gern sind wir alle dem im vorigen Jahre in Mannheim ausgesprochenen Rufe gefolgt.

Reich an Freuden war für unseren Verein das abgelaufene Jahr. Vieles von dem, was der Verein sich zum Ziele gesetzt hat, haben wir erreicht, oder es geht doch seiner Vollendung entgegen. Manches ist uns allerdings noch nicht gelungen.

Aber auch nur allzu reich an Leid war das verflossene Jahr. Eine ungewöhnlich große Anzahl Mitglieder haben wir durch den Tod verloren, an deren Spitze ich nur unser allzufrüh dahingegedenes Ehrenmitglied, Herrn Geh. Bergrat Prof. Dr. Winkler, nenne. Ich bitte die Teilnehmer dieser Versammlung sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich.)

Ich gebe das Wort an Se. Magnifizenz Herrn Oberbürgermeister Dr. Pauli.

Se. Magnifizenz Oberbürgermeister Dr. Pauli: Hochgeehrte Festversammlung! Es ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Sie namens des Senats und der freien Hansastadt Bremen hier willkommen zu heißen. Ich tue es, indem ich der Freude Ausdruck gebe, daß Sie gerade Bremen für die diesmalige Tagung Ihres Vereins, eines so hervorragenden Vereins, gewählt haben. Zwar beschleicht mich dabei ein gewisser Zweifel bezüglich der Legitimation gerade Bremens, einer dem Handel und der Seefahrt zugewandten Stadt, dieser Ehre teilhaftig zu werden. Allein ich tröste mich mit dem Gedanken, daß die Chemie eigentlich überall zu Hause ist, und daß Sie, wo Sie als Gäste erscheinen, überall willkommen heißen werden.

Ist es doch die hervorragende und ganz besondere Eigenschaft, das charakteristische Merkmal, um es so zu bezeichnen, der Chemie, daß sie die

¹⁾ Durch ein unliebsames Versehen wurde auf den Programmen D. Lehnert-Kelsterbach als Vortragender genannt.

Wissenschaft ist, die, wie keine andere, unmittelbar dem Leben in allen Berufen, ja dem persönlichen Leben jedes einzelnen, nahe tritt. Wohin wir auch schauen, wir begegnen der Chemie. Das Brot, das wir essen, verdanken wir dem Acker, den die Chemie uns düngt. Wenn wir uns bekleiden, so ist es die Chemie, die uns die Gewänder, sei es färbt oder sogar erzeugt. Wenn wir unsere Wohnung beziehen, so bedürfen wir der Mitwirkung der Chemie, insbesondere wenn wir unsere Wände zieren wollen. Wenn wir nach getaner Arbeit die Zigarre anzünden, ist es die Chemie, die uns das Zündhölzchen reicht. Wenn wir Felsen sprengen wollen, um Eisenbahnen den Weg zu bahnen, ist es wiederum die Chemie, die uns hilft. Wenn wir das Vaterland verteidigen und die Gewehre und die Kanonen laden, so hilft uns dazu die Chemie, und wenn wir den heilenden Trank vom Arzte nehmen, wer reicht ihn uns, als die Chemie! So ist die Chemie überall zu Hause, und überall ist sie freundlichen Empfanges sicher.

Was nun Bremen betrifft, so werden Sie sich vielleicht sagen: eine Stadt, die vom Handel lebt und von der Schifffahrt, wird für die Wissenschaft wenig übrig haben. Allein Sie werden, wie ich hoffe, die Empfindung mit fortnehmen, daß wir Bremer, wenn auch das Erwerbsleben, insbesondere der Handel und die Schifffahrt uns das Brot reichen, doch von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß wir nicht vom Brote allein leben, sondern daß wir auch des geistigen Lebens und der Durchdringung des ganzen Lebens durch die Wissenschaft nicht entraten können. Und so, meine Herren, heiße ich Sie denn aufs herzlichste willkommen und wünsche, daß die Bremer Tage nicht uns allein, sondern auch Ihnen zur Freude gereichen werden. (Lebhafter Beifall.)

Präsident der Handelskammer Heineken-Bremen: Hochverehrte Festversammlung! Gestatten Sie mir, den Verein deutscher Chemiker auch im Namen der Bremer Kaufmannschaft hier herzlich willkommen zu heißen. Eine lange Reihe von Jahren ist verflossen, seitdem der Verein deutscher Chemiker zum letzten Male hier in Bremens Mauern getagt hat, und gewaltig wie in dieser Zwischenzeit der Aufschwung der chemischen Industrie, epochemachend wie die Erfindungen, die in der Chemie gemacht worden sind, so groß ist auch der Aufschwung des Vereins als solcher gewesen; die bescheidene Zahl von 800 Mitgliedern, die sich uns vor ca. 15 Jahren hier präsentierte, ist inzwischen auf die stattliche Ziffer von über 3200 angewachsen, und mehr und mehr hat sich der Verein zu einem Bindeglied zwischen den beiden anderen großen Vereinen, zu einem Bindeglied zwischen der Wissenschaft, der Theorie und der Praxis entwickelt.

Meine geehrten Herren, ein ganz eigener Reiz hat von jeher in dem Worte Chemie gelegen, der die Phantasie auch des Laien mächtig anregte. Schon der Ursprung des Namen Chemie — cham: das Dunkle und Verborgene — brachte es mit sich, daß der Mensch sich etwas Geheimnisvolles, etwas Übernatürliches unter der Chemie vorstellte, daß er die Leute, die sich damit beschäftigten, als Meister der schwarzen Kunst betrachtete. Längst vergangen sind indessen die Zeiten, wo aus der Chemie die Alchemie entstanden ist, wo der menschliche

Geist sich damit beschäftigte, den Stein der Weisen zu entdecken, unedle Metalle in edle zu verwandeln, Mittel zu finden, durch die alle Krankheiten geheilt werden sollten, wo jene Leute, die sich mit der Chemie beschäftigten, als Hexenmeister angesehen und verbrannt wurden. Eine neue Zeit ist angebrochen, der es in rastlosem Forschen gelungen ist, zu praktischen Erfolgen zu führen, wo das Mittelalter nur dunkel und verworren ahnte, der es gelungen ist, Gold aus Dingen zu machen, die man früher als wertlos beiseite warf. Nicht mehr verbrennt man heute jene geistvollen Hexenmeister; im Gegenteil, hochgeachtet und hochgeehrt gelten sie als Zierde der Wissenschaft und stehen als Leiter an der Spitze unserer großen chemisch-industriellen Unternehmungen, und stolz können wir darauf sein, daß gerade Deutschland an der Spitze dieser Wissenschaft und dieser Industrie steht.

Meine geehrten Herren! In diesem Jahre sind Sie nach Bremen gekommen, um hier ihre Vereinstage abzuhalten. Nicht große chemische Fabriken können wir Ihnen bei uns an den Ufern der Weser zeigen, keine Hochschule, in der immer neue Probleme gelöst werden und die Jugend in den Geist der Chemie eingeweiht wird, das alles haben Sie bei sich zu Hause, dazu sind Sie nicht hierher gekommen, um das bei uns zu suchen. Sie kommen hier zu uns an einen Handelsplatz, der einen Güter-austausch des Inlandes mit dem Auslande vermittelt, und dabei spielen auch die chemischen Erzeugnisse keine kleine Rolle. Ich darf ferner an die für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Kalisalze erinnern, die in Deutschland gewonnen und die von unseren großen Schifffahrtsgesellschaften über den Ozean in ferne Länder gebracht werden, wo man ihrer bedarf zur besseren Nutzbarmachung des Bodens, und die uns wieder jene Salze liefern, die wir bei uns nicht kennen, die aber hier für die Landwirtschaft so außerordentlich notwendig und erforderlich sind.

So mögen Sie denn sicher sein, meine verehrten Herren, daß wir uns von Herzen freuen, Sie bei uns begrüßen zu können, daß wir Ihren Verhandlungen mit regem Interesse folgen, und so lassen Sie mich Ihnen einen guten Erfolg für Ihre diesjährige Tagung wünschen! Möge sie Ihnen allen zum Nutzen gereichen, zum Heil und Segen unseres geliebten Vaterlandes! (Lebhafter Beifall.)

Präsident der Gewerbekammer Dr. A. Feldmann-Bremen: Meine sehr geehrten Herren! Als Präses der Bremischen Gewerbekammer heiße ich Sie ebenfalls in den Mauern unserer Stadt herzlich willkommen und danke Ihnen, daß Sie Ihre Schritte wieder hierher gelenkt haben. Sie finden bei uns keine entwickelte chemische Industrie; Bremen hat zu lange außerhalb des deutschen Zollvereins zubringen müssen, als daß auf unserem kleinen Gebiet sich eine erhebliche chemische Industrie hätte entwickeln können. In der Zeit seit Ende der 80er Jahre, wo wir die freie Bewegung haben, ist es allerdings möglich gewesen, einzelne Industrien bei uns anzusetzen, die mit dem Handel in einer näheren Verbindung stehen. Aber diese Etablissements sind nicht von großer allgemeiner Bedeutung.

Wir begrüßen Sie aber, meine geehrten Herren,

als die Vertreter einer hochentwickelten Industrie, die sich in einer beispiellos kurzen Zeit zu einer Größe entwickelt hat, die Bewunderung erregt. Durch den Export Ihrer Fabrikate haben Sie sich eine hohe handelspolitische Bedeutung erworben und wesentlich dazu beigetragen, daß der Name Deutschlands im Auslande zu Ansehen und Ehren gelangt ist.

Auch als langjähriges Mitglied des Vereins deutscher Chemiker darf ich Sie begrüßen und hoffe, daß Sie diesmal einen angenehmeren Eindruck von Bremen mit in die Heimat nehmen, als es damals, als Sie zuletzt bei uns weilten, im Jahre 1890, verschuldet durch die Ungunst verschiedener Zufälligkeiten, möglich war. Ich heiße Sie herzlich willkommen! (Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. Lepsius-Griesheim. Meine hochverehrten Anwesenden! Im Namen der deutschen Bunsengesellschaft für angewandte physikalische Chemie habe ich die Ehre, Sie auf das herzlichste zu begrüßen. Diese Schwestergesellschaft, welche ebenfalls die angewandte Chemie auf ihre Fahne geschrieben, hat am 14. d. M. in Karlsruhe getagt. Durch die raschen Fortschritte, die unsere Wissenschaft und unsere Technik gemacht haben, kommt es, daß wir, um unseren Bestrebungen gerecht zu werden, eine Teilung haben vornehmen müssen, daß aber diese Teilung notwendig und zweckmäßig ist, geht daraus hervor, daß nicht nur der Verein deutscher Chemiker, sondern auch die deutsche Bunsengesellschaft eine überaus reichliche Tagesordnung bei ihren Hauptversammlungen zu haben pflegen. Gleichwohl sind diese beiden Vereinigungen als Schwestergesellschaften aufs engste einander verbunden, und um so herzlicher sind die Grüße, welche ich Ihnen zu überbringen habe.

Ich habe den Auftrag, Sie für das nächste Jahr zu der Hauptversammlung der Bunsengesellschaft nach Dresden einzuladen, wo nicht wie bisher in der zweiten Hälfte der Himmelfahrtswoche, sondern, um noch einen Tag mehr für die Vorträge zu gewinnen, in der ersten Hälfte die Versammlung stattfinden wird.

Ferner habe ich noch mitzuteilen, daß auf dem internationalen Kongreß in Rom, der voraussichtlich entweder dicht vor Ostern oder dicht nach Ostern dort stattfinden wird, die deutsche Bunsengesellschaft eine eigene Sektion bilden wird, und auch dafür habe ich die Herren willkommen zu heißen. Ich begrüße Sie und wünsche Ihnen für Ihre hiesige Tagung den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Treumann - Hannover: Meine hochverehrten Herren Kollegen! Auch in diesem Jahre ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Ihnen im Namen des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, und zugleich im Namen der Vereinigung öffentlicher Analytiker des Königreichs Sachsen herzlichen Dank für Ihre freundliche Einladung auszusprechen, an diesen Dank die besten Wünsche für den erfolgreichen Verlauf Ihrer Verhandlungen zu knüpfen und auch Sie zu einem zahlreichen Besuch der Hauptversammlung unseres Verbandes einzuladen, welche Ende September d. J. in Magdeburg tagen wird.

Soll es mir gestattet sein, noch einen

besonderen Wunsch anzufügen, so sei es der Wunsch, daß die Anregung, welche vor wenigen Monaten von ihrem Vereine ausgegangen ist und darauf abzielt, die heute hier vertretenen Verbände und Vereinigungen zu gemeinsamer und tatkräftiger Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zusammenzuführen, die besten Erfolge zeitigen möge.

Als seinerzeit aus dem vormaligen Vereine analytischer Chemiker Ihr Verein entstand, ging man von der Annahme aus, daß neben der ausschließlich wissenschaftliche Zwecke verfolgenden deutschen chemischen Gesellschaft nicht nur der Raum, sondern auch das Bedürfnis zur Bildung eines Vereins vorhanden sei, welcher alle auf den verschiedenen Gebieten der angewandten Chemie tätigen Chemiker zusammenschließen, sich als Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis bewähren und die gemeinsamen Interessen aller seiner Mitglieder fördern und wahrnehmen sollte.

Daß diese Annahme eine zutreffende gewesen ist, beweist die Blüte Ihres Vereins und seiner Zweigvereine.

Aber bei den rapiden Fortschritten auf den verschiedenen Gebieten der angewandten Chemie, bei der eigenartigen Entwicklung der zahlreichen Beziehungen dieser Gebiete zum öffentlichen Leben und bei der Verschiedenheit vieler Interessen der in Ihrem Verein zusammengeschlossenen Chemiker konnte es nicht ausbleiben, daß der ursprünglichen Zentralisation im Laufe der Zeit wieder eine Dezentralisation gefolgt ist; es konnte das umsoweniger ausbleiben, weil nicht nur die auf den verschiedenen Gebieten der analytischen Chemie, sondern auch auf den verschiedenen Gebieten der chemischen Industrie tätigen Chemiker eine ausreichende Förderung und Wahrnehmung ihrer Sonderinteressen nicht von der Tätigkeit des Vereins deutscher Chemiker erhoffen konnten, welcher ja nur die gemeinsamen Interessen aller seiner Mitglieder wahrzunehmen und zu vertreten berufen ist. So bildeten sich im Laufe der Jahre mehrere Sonderverbände und Vereinigungen zur Wahrnehmung der Sonderinteressen ihrer Mitglieder.

Daß aber die Bildung dieser Sonderverbände der Wahrnehmung der allen Chemikern gemeinsamen Interessen nicht oder doch nicht in dem gewünschten Maße förderlich ist, kann keineswegs befremden.

Nicht als ob es den Chemikern dieser Sonderverbände an der Erkenntnis gebräche, daß die gemeinsamen Interessen aller Chemiker auch ihre Interessen sind, nicht als ob diese Sonderverbände die Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen als eine untergeordnete Aufgabe ansehen; aber, meine Herren, wenn in erster Linie die Sonderinteressen betont werden müssen, so treten naturgemäß die gemeinsamen Interessen wenigstens scheinbar in den Hintergrund. Möchte die von Ihrem Vereine gegebene Anregung zur gemeinsamen Wahrnehmung aller gemeinsamen Interessen durch die verschiedenen hier vertretenen Verbände recht bald zum Ziele führen, möchten ihre heutigen Verhandlungen zur Festigung unserer Überzeugung beitragen, daß das Erreichbare nur durch einmütiges Zusammengehen aller Verbände erreicht werden kann, und möchte es den älteren Teilnehmern an

Ihrer heutigen Versammlung vergönnt sein, das gelobte Land, welchem wir zustreben, wenigstens von weitem zu erschauen, wenn es uns auch nicht mehr beschieden sein mag, in dasselbe mit einzuziehen.

Geh. Regierungsrat Dr. L e h n e - Berlin : Sehr geehrte Herren, der Präsident des Kaiserlichen Patentamtes, der sich für die Arbeiten und Ziele des Vereins deutscher Chemiker auf das lebhafteste interessiert, ist durch eine dienstliche Reise leider verhindert, selbst an der Versammlung teilzunehmen; er hat mich deshalb beauftragt, Ihnen seine besten Wünsche für den Verlauf Ihrer gesamten Veranstaltungen auszusprechen. Das Kaiserliche Patentamt hat immer Wert darauf gelegt, auf Ihren Versammlungen vertreten zu sein, und mit Recht: denn manche Wünsche und Anregungen lassen sich mündlich leicht übermitteln und werden, wie wohl diejenigen Herren, die mit dem Patentamt zu tun haben, bestätigen können, gern berücksichtigt. Frühere Versammlungen haben sich oft mit wichtigen Fragen aus dem Gebiete des Patentrechtes beschäftigt, wenn das auch dieses Mal nicht der Fall ist, so sind doch die schon erwähnten persönlichen Beziehungen zwischen Vertretern des Patentamtes und den einzelnen Interessenten von großem Wert. In diesem Sinne, meine Herren, hoffe ich, daß auch diese Versammlung für beide Teile nicht ohne Nutzen sein möge, und gestatte mir wiederholt, Ihnen die Wünsche des Patentamtes für einen guten Erfolg Ihrer Verhandlungen auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Prof. Dr. S t o c k m e i e r - Nürnberg: Hochverehrte Festversammlung! Die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker hat Herrn Direktor Prof. Dr. J a n k e von hier beauftragt, ihre Grüße zu überbringen. Leider ist der von uns allen hochverehrte Prof. Dr. J a n k e durch ein Halsleiden am lauten Sprechen verhindert; er hat mich deshalb ersucht, ihn zu vertreten.

Hochverehrte Anwesende! Obgleich das Tätigkeitsgebiet der freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker durch die den Nahrungsmittelchemikern obliegende Kontrolle einer Reihe von Gebrauchsgegenständen in nahe Beziehungen zu dem des Vereins deutscher Chemiker tritt, so untersteht den ersteren doch zunächst die Kontrolle der Nahrungs- und Genußmittel, während der Verein deutscher Chemiker vorzugsweise chemisch-technische Fragen unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Seite ihrer Lösung entgegenzuführen hat. Die Arbeitsgebiete der beiden Vereine ergänzen sich demnach in vortrefflicher Weise und sind dazu angetan, nach vielen Seiten hin gegenseitige Anregungen und Förderungen zu bieten. Deshalb hat die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker Ihre Einladung zur heutigen Hauptversammlung mit ganz besonderer Freude begrüßt und wünscht Ihren Verhandlungen im Interesse des Ausbaues der angewandten Chemie den besten und glücklichsten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Der V o r s i t z e n d e bringt hierauf die eingelaufenen Telegramme zur Verlesung. Es sind unter andern folgende:

1. Bezirksverein Neu-York sendet herzliche Grüße. D r o b e g g.

2. Herzliche Grüße dem Verein deutscher Chemiker von dem leider am Erscheinen verhinderten G e o r g L u n g e, Zürich.

3. Dem Verein sendet herzlichen Gruß und die besten Wünsche in alter Anhänglichkeit V o l h a r d, Baden-Baden.

4. In letzter Stunde leider verhindert, persönlich dort zu erscheinen, danke ich namens des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie herzlichst für freundliche Einladung mit den besten Wünschen für erfolgreiches Ergebnis der Beratungen und fröhlichen Verlauf der festlichen Veranstaltungen. Dr. H o l t z.

5. Durch eine unaufschiebbare Reise leider verhindert, der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker beiwohnen zu können, drängt es mich, Sie im Namen des Bremer Bezirksvereins deutscher Ingenieure bestens zu begrüßen und Ihnen eine recht erfolgreiche Tagung zu wünschen. G i r a r d o n i.

V o r s i t z e n d e: Ich bitte die Herren Vereinsmitglieder, zum Danke für die Worte der Anerkennung und Sympathie, die unser Verein hier von den verschiedensten Seiten gefunden hat, sich von den Sitzen zu erheben. (Die Versammlung erhebt sich unter lebhaften Beifallrufen.)

V o r s i t z e n d e: M. H.! Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn wir, wie üblich, Sr. Majestät dem Kaiser ein Huldigungstelegramm schicken und zwar folgenden Inhalts:

„Eurer Majestät, dem mächtigen Schutzherrn und unermüdeten Förderer von Wissenschaft und Technik, begrüßen ehrfurchtsvoll die in Bremen versammelten Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker.“

Im Auftrage

Der Vorsitzende: Medizinalrat M e r c k.

(Lebhafter Beifall.)

Im Laufe des Nachmittags traf aus Potsdam das folgende Antwortstelegramm ein:

„Seine Majestät der Kaiser und König lassen dem Verein deutscher Chemiker für die freundliche Begrüßung bestens danken — auf allerhöchsten Befehl“

Der geheime Kabinettsrat v o n L u c a n u s.

V o r s i t z e n d e: M. H. Es gibt ein Wort, welches davon spricht, daß etwas in der Praxis richtig sein mag, in der Theorie jedoch nicht. Dieses Wort, es mag im übrigen seinen guten Sinn haben, auf die Chemie paßt es jedenfalls nicht. Wissenschaft und Industrie, Theorie und Praxis gehen hier einhellig zusammen. Was jene erarbeitet und neu erfunden, wird von dieser angewendet und genutzt, und andererseits bietet die Technik Mittel dar und gibt die Anregung zu immer erneuten wissenschaftlichen Forschungen. Beide Momente, Lehre und Leben, bedingen einander gegenseitig, aber es kommt alles darauf an, daß bei ihrem Verhältnis zueinander keins der beiden Momente in

einer Weise hervortritt, die das andere zum Verschwinden bringen würde. J. v. Liebig hat einmal gegen diejenigen, welche den bloßen direkten Vorteil zum Endziele des wissenschaftlichen Strebens machen wollen, das goldene Wort geprägt: „Der Grundsatz der Nützlichkeit, der nach Zwecken fragt, ist der offene Feind der Wissenschaft, die nach Gründen sucht. Die Wissenschaft hat das eigene, daß der, welcher ihr dient, von den materiellen Zielen, zu denen sie führt, selbst nichts weiß.“ Und dennoch: indem sie ihren eigenen, selbständigen Weg geht, liefert die Wissenschaft eben die Instrumente, deren die Technik, die Industrie bedarf, oder um mich auf ein anderes Wort Liebigs zu beziehen: „Die bewußte Beherrschung der organischen und anorganischen Kräfte wird allein durch die Wissenschaft errungen.“ Diejenige Wissenschaft aber, die man am ehesten als die Vermittlung zwischen der abstrakten Lehre und dem konkreten Leben ansehen kann, ist die Chemie. Sie bildet mit der Mathematik und der Physik eine untrennbare Einheit. Von der Chemie wird unser gesamtes modernes ökonomisches Leben beherrscht, jede städtische, staatliche Einrichtung, ja jede Zeitung predigt den Wert, die Bedeutung unserer Wissenschaft. Und bedenken wir noch das eine, die Chemie ist eine verhältnismäßig junge Wissenschaft. Durfte ihr ein Kant doch noch — und mit einem gewissen Rechte — den Charakter der Wissenschaft absprechen, weil sich Mathematik nicht auf sie anwenden lasse. Welche ungeahnte Fülle neuer Entdeckungen und Gesetze hat uns aber das seit dem Tode des erwähnten Philosophen verfllossene Jahrhundert gebracht! Und auch künftighin, das ist gewiß, wird der Weg bergan gehen, wie er es bisher gegangen ist. Dazu aber bedarf es der gegenseitigen Befruchtung von Theorie und Praxis, denn darin allein liegt die Hoffnung unserer Zukunft und die Gewähr für den gedeihlichen Fortgang von Wissenschaft und Industrie.

Rein wissenschaftlich und dennoch von epochemachender Bedeutung für unser ganzes ökonomisches Leben ist die Entdeckung der Zymase durch Buchner. Sie bildet das Schlußglied der Entwicklung, die in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit den Entdeckungen Cagniard-Latours und Theodor Schwanns einsetzte. Diese Forscher wiesen nach, daß die Gärungs- und Fäulniserscheinungen zurückzuführen seien auf die Lebensfähigkeit von Mikroorganismen, und daß insbesondere die Hefe als eine Pflanze anzusehen sei.

Bald folgte die Erkenntnis, daß auch die verschiedenen Gärungserscheinungen auf deutlich unterscheidbare Organismen sich aufbauen, und es zeigte Kützing den Zusammenhang der Essig-gärung mit dem Essigpilz.

Die Sorge, daß diese Entdeckungen die neue Entwicklung der organischen Chemie, die eben mit Erfolg die sogenannte Lebenskraft als eine Ursache der Umsatzerscheinungen auf dem chemischen Gebiete ausgeschaltet hatte, hemmen und aufs neue eine Verwirrung der Geister hervorbringen könnte, rief Liebig auf den Plan, der für das Lager der reinen Chemiker mit Erfolg die chemische Natur

der Gärungserscheinungen festhielt und in seinen Erklärungen an die älteren Auffassungen Stahls anknüpfte.

Die deutschen Technologen allerdings wendeten sich der neuen biologischen Lehre zu, und schon hatte die vitalistische Auffassung der Gärungserscheinungen sich bei ihnen durchgesetzt, als sie einen neuen und wohl vornehmsten Verfechter in Pasteur fand. Dieser griff das Problem nochmals auf der Basis weit ausgreifender Experimentalforschung an, und bald konnte der Sieg auf allen Linien verkündet werden: Keine Gärungserscheinung ohne Lebenstätigkeit eines Pilzes, und für jede Gärungserscheinung eine besondere Pilzart. Nur hier und da wagten sich Zweifler hervor, die wohl an einen Gedankengang Liebigs anknüpften „daß man mit dem Mikroskop wohl Pilze, aber auch mit dem besten keine Ursachen sehen könnte“, d. h. es gab Vertreter der Meinung, daß die einfache nicht mehr bestreitbare Tatsache der Gegenwart von Mikroorganismen bei Gärungserscheinungen nicht von der Notwendigkeit entbinden könne, festzustellen, wie denn die verursachten chemischen Umsetzungen chemisch zustande kommen.

Hier setzt dann die Arbeit Eduard Buchners ein, der im idealen Zusammenwirken mit seinem leider zu früh verstorbenen Bruder Hans den Hefenpreßsaft herstellte und der staunenden Welt verkündete, daß eine völlig zellfreie eindampfbare Lösung alkoholische Gärung hervorzubringen vermag. Er setzte alsbald diese Beobachtung in Vergleich mit den bekannten Wirkungen der diastatischen und peptatischen Enzyme und nannte das Gärungsenzym, als das Enzym par excellence, die „Zymase“.

Buchner erweiterte alsbald seine Lehre, indem es ihm gelang, auch die Wirkung der Milchsäurepilze und ebenso des Essigsäurepilzes auf die Hervorbringung von besonderen Enzymen zurückzuführen.

Diese Entdeckungen haben nun eine neue Epoche in der Physiologie eingeleitet, die sich nicht beschränkt auf Theorie und Praxis der Gärungswissenschaft, vielmehr übergreift auf die Erscheinungen allen organischen Lebens.

Wir stehen unter dem Zeichen der Enzymforschung, die uns besondere Stoffe, die Enzyme, kennen lehrte als die Werkzeuge, mit deren Hilfe die lebendigen Zellen chemische Umsetzungen hervorbringen, die aber aus ihnen abstreifbar dieselbe Arbeit zu leisten vermögen.

Für diese bedeutenden Entdeckungen hat der Vorstand und Redaktionsbeirat beschlossen, in diesem Jahre die Liebigenkmünze Herrn Prof. Dr. Eduard Buchner, Berlin, zu verleihen.

Herr Prof. Buchner ist ja hier anwesend. Es gereicht mir zur großen Ehre und Freude, Ihnen, Herr Professor, im Namen des Vereins deutscher Chemiker die goldene Liebigenkmünze für hervorragende Verdienste um die angewandte Chemie überreichen zu können.

Prof. Dr. E. D. Buchner - Berlin: M. H., Sie können sich denken, daß ich am Anfang tief betroffen war, als ich von der hohen Auszeichnung

hörte, die Sie mir zgedacht haben. Ich schätze sie um so höher, weil sie von einem völlig unabhängigen Verein wissenschaftlicher Fachgenossen ausgeht, mit dem ich bisher nur wenige oder gar keine Beziehungen hatte. Es wird allerdings von jetzt ab anders werden, und ich freue mich, meinerseits auch etwas dazu beitragen zu können, daß die verschiedenen chemischen Gesellschaften — vielleicht war ja die Spaltung in verschiedene Vereinigungen seiner Zeit notwendig — jetzt wieder allmählich etwas Berührung untereinander gewinnen, und daß die gemeinsamen Ziele, die sie alle zusammenfassen, wieder sichtbar werden.

M. H., Sie haben mir die Denkmünze verliehen, die dem Andenken unseres größten deutschen Chemikers gewidmet ist, deshalb, weil es mir beinahe zufällig möglich war, eine von den vielen Arbeitsrichtungen des Meisters weiter zu verfolgen und zu einem vorläufigen Abschlusse zu führen.

M. H., es ist sicher, daß sich Liebig in seinem Hasse gegen alle Unklarheit, in seiner Wut auf die wenig befriedigende Vorstellung von einer Lebenskraft als Ursache der Gärung in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts etwas zu weit vorgewagt hatte, indem er dem lebenden Zustand der Hefe alle Bedeutung für die Erklärung der Gärungserscheinungen absprach. Liebig sah sich ja auch etwa 30 Jahre später, im Jahre 1869 gezwungen, gegenüber den Angriffen Pasteurs, einen Teil seiner Behauptungen zurückzunehmen und anzuerkennen, daß die Hefe ein lebendiger Organismus ist und als solcher nicht in Zersetzung begriffen sein und diese Zersetzung auf den Zucker übertragen kann. Von da ab war er der Ansicht, daß in der Hefe ein bestimmter Stoff vorhanden sei, welcher sich zersetze und den Zucker ins Verderben hineinreißt. Er schloß sich also im wesentlichen der Enzymtheorie an, die Moritz Traube schon 1858 aufgestellt. Aber auch jetzt war seine Position keine gesicherte. Insbesondere Pasteur kämpfte dagegen an, auch die Botaniker äußerten die größten Bedenken, solange es nicht gelingen wollte, jenen hypothetischen Stoff, jenes wirksame Agens, von den Zellen abzuschneiden. Liebig sah sich vergebens nach Bundesgenossen um. Es ist bekannt geworden, daß er im Jahre 1872, also ein Jahr vor seinem Tode, versuchte, eine russische Botanikerin, der angeblich eine Trennung der Gärwirkung von den lebenden Zellen gelungen war, in sein Laboratorium zu ziehen. Unter seinen Augen sollten ihre Experimente nochmals geprüft werden. Es kam nicht mehr dazu. Erst 25 Jahre später gelang es dann tatsächlich, den Nachweis zu führen, daß Liebig im Prinzip doch Recht hatte. Nun war der Sieg über die strengen Vitalisten erfochten, und die Stellungnahme unseres Altmeisters gegenüber Pasteur glänzend gerechtfertigt. Als ich dem berühmten Hygieniker Pettenkofer, der nahe Beziehungen zu Liebig unterhalten und dereinst seine Berufung nach München vermittelt hatte, von der neuen Tatsache Meldung machen konnte, brach er in die Worte aus: „Wie würde sich Liebig freuen!“.

Vielleicht, m. H., interessiert es noch einige unter Ihnen, etwas von dem Wege zu hören, der zu der Entdeckung der Zymase geführt hat. Diese

Arbeiten waren lange nicht so zielbewußt, wie es jetzt scheint. Als Schüler des Botanikers Nägeli, als Bruder des leider inzwischen verstorbenen Bakteriologen Hans Buchner und als mehrjähriger Leiter einer Konservenfabrik hatte ich den hierher gehörenden Problemen schon länger Interesse entgegengebracht. Durch Arbeiten anderer Forscher, besonders von Nencki, wurde damals die Aufmerksamkeit auf die Inhaltsstoffe der niederen Organismen gelenkt. Im Gespräch mit meinem Bruder war uns klar geworden, daß alle Versuche, Substanzen aus dem Innern der Hefezellen unverändert zu gewinnen, bis dahin an dem Vorhandensein der Zellmembrane gescheitert waren, die ein Extrahieren der Inhaltsstoffe in unverändertem Zustande durchaus verhindern. Es mußten also diese Zellhäute unschädlich gemacht werden, es mußten die Hefezellen mit Sand zerrieben und dann ausgepreßt werden.

Als nun auf diesem Wege der Hefepreßsaft dargestellt war, wußten wir im ersten Augenblick nichts damit anzufangen, wir waren natürlich vollkommen befangen in den damals allgemein verbreiteten Anschauungen von Pasteur, von Nägeli, von Sachs, daß eine Gärwirkung nach Tötung der Hefe ausgeschlossen sei. Es ergab sich, daß der Preßsaft eine ziemlich veränderliche Flüssigkeit darstellt. Wir beabsichtigten, ihn zu konservieren, ähnlich wie man Früchte durch Zuckerzusatz haltbar macht. Als aber nach einiger Zeit die ersten Gasblasen aufstiegen, da war zur Erklärung der Erscheinung nur mehr ein kleiner Schritt! Wenn also von einem Verdienst bei dieser Sache gesprochen werden darf, so liegt es darin, daß wir die Bedingungen für die Isolierung des unveränderten Zellinhaltes richtig erkannt und die Zerreibung der Hefe gründlich durchgeführt haben, mit jener Tatkraft, wie sie seltener dem Büchergelehrten und dem Mikroskopiker nicht zukommt, wie sie aber die Zierde des Chemikers bildet.

M. H., die Entdeckung der Zymase hat bis jetzt technisch keine größere Bedeutung erlangt. Wenn der Vorstand Ihres Vereins sich dennoch entschlossen hat, mir die Liebigmedaille für Verdienste um die angewandte Chemie zu verleihen, so kann ich es nur als eine Anweisung auf die Zukunft betrachten, als einen Ausdruck der Hoffnung, daß die Zymaseentdeckung vielleicht noch für die Industrie eine Bedeutung erlangen wird. Das ist allerdings auch meine Meinung, und in diesem Sinne nehme ich die hohe Auszeichnung mit größtem Dank entgegen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender: An Stelle des Vortrages über Kunstseide wird Herr Prof. Dr. von Lippmann die Güte haben, uns seinen Vortrag zu halten über: Die chemischen Kenntnisse des Dioskorides.

Ich bitte nun Herrn Prof. Dr. Tacke das Wort zu nehmen zu seinem Vortrag über: „Die Chemie im Dienste der Moorkultur und Moorkolonisation“. (Der Vortrag ist bereits in dieser Z. 18, 1201 ff. [1905] erschienen.)

Vorsitzender: Herr Professor, der reiche Beifall, der Ihnen seitens der Versammlung gezollt worden ist, spricht ja für sich selbst; ich sage Ihnen

nochmals im Namen des Vereins den wärmsten Dank für den hochinteressanten Vortrag, den Sie gehalten haben.

Ich bitte Herrn Prof. Dr. von Lippmann uns seinen Vortrag zu halten über: „Die chemischen Kenntnisse des Dioskorides“. (Der Vortrag findet sich in dieser Z. 18, 1209 ff. [1905] abgedruckt.)

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Vortragenden für seine interessanten Mitteilungen und schließe hiermit die Sitzung.

(Schluß 12 Uhr.)

3. Geschäftliche Sitzung

im kleinen Saale der Union zu Bremen.

Donnerstag, den 15. Juni 1905,
nachmittags 1½ Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung gegen 2 Uhr nachmittags und konstatiert zunächst, daß die Einladung zu der geschäftlichen Sitzung ordnungsmäßig und satzungsgemäß erfolgt ist, da die erste Ankündigung in Heft 20 dieser Zeitschrift am 19. Mai mit der vollen Tagesordnung erschienen ist.

Zum Protokollführer wird in Übereinstimmung mit den Satzungen der Geschäftsführer Direktor Fritz Lütty ernannt, und zu Beurkundern des Protokolls der Versammlung werden die folgenden 7 Herren durch Zuruf gewählt:

Dr. Bein, Berlin.

Dr. Langbein, Leipzig.

Dr. Rothe, Hamburg.

Franz Brandenburg, Lendersdorf.

Dr. Langfurth, Altona.

Dr. C. Goldschmidt, Essen.

Dr. Hase, Hannover.

Ehe in die Tagesordnung eingetreten wird, teilt der Vorsitzende mit, daß in der Vorstandsratssitzung Prof. Dr. C. Duisberg im Auftrage des Vorstandes einen Dringlichkeitsantrag betreffend die vom Verbands deutscher Patentanwälte erstrebte Veränderung des deutschen Patentgesetzes eingebracht hat. Derselbe liegt gedruckt vor (s. S. 1450).

Der Vorstandsrat hat die Dringlichkeit des Antrages angenommen, er wird infolgedessen der heutigen Tagesordnung eingefügt.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.

Der Geschäftsbericht liegt gedruckt vor, es wird infolgedessen auf die Verlesung desselben verzichtet (s. S. 1410).

Der Vorsitzende macht jedoch auf den Passus besonders aufmerksam, der die Be-

schlüsse betrifft, die wir mit den uns befreundeten Vereinen zusammen gefaßt haben.

Der Geschäftsbericht wird ohne Debatte genehmigt.

2. Jahresrechnung für 1904, Bericht der Rechnungsprüfer.

Der Geschäftsführer Direktor Fritz Lütty erläutert die Abrechnung und verliest das Protokoll der Rechnungsprüfer (s. S. 1424). Auf Vorschlag des Vorstandes wird der Überschuß von 5120,42 M dem Vermögen des Hauptvereins zugeschrieben, im übrigen die Abrechnung genehmigt.

Auf Antrag des Herrn Dr. Hase wird dem Vorstand und dem Geschäftsführer Entlastung erteilt.

3. Haushaltsplan für 1906.

Der Haushaltsplan für 1906 liegt gedruckt vor (s. S. 1425). Der Haushaltsplan wird inkl. des Postens von 1000 M für die Hilfskasse einstimmig genehmigt.

4. Wahl eines Ehrenmitgliedes.

(s. S. 1426.)

Vorsitzender: Vorstandsrat und Vorstand schlagen Ihnen vor, in diesem Jahre Herrn Geheimrat Prof. Dr. Emil Fischer in Berlin zum Ehrenmitglied zu erwählen. (Lebhafter Beifall.) Zu meiner Freude kann ich wiederum von einer Abstimmung absehen und schlage ich Ihnen vor, daß wir sofort an Herrn Geheimrat Dr. Emil Fischer telegraphieren, daß wir ihn zum Ehrenmitglied ernannt haben. (Zustimmung.)

5. Vorstandswahl. (s. S. 1426.)

(Neuwahl eines Beisitzers.)

Vorsitzender: Sitzungsgemäß scheidet aus dem Vorstandsbeisitzer Herr Geheimrat Prof. Dr. Beckmann aus. Zu unser aller Bedauern hat leider Herr Prof. Dr. Beckmann eine Wiederwahl abgelehnt. (Oho! und Widerspruch.)

Geh. Hofrat Prof. Dr. Beckmann setzt in ähnlicher Weise wie in der Vorstandsratssitzung die Gründe auseinander, die ihn verhindern, ferner an den Arbeiten des Vorstandes teilzunehmen, und bittet, an seiner Stelle den bisherigen Geschäftsführer, Herrn Direktor Fritz Lütty, in den Vorstand zu wählen. (Bravot)

Vorsitzender: Wir alle im Vorstandsbeisitzer haben auf das lebhafteste bedauert, daß Herr Prof. Beckmann die Wiederwahl abgelehnt hat, aber unter den obwaltenden Umständen mußten wir von einer Wiederwahl absehen.

Sie alle, m. H., wissen bereits aus der Zeitschrift, daß Herr Direktor Lütty seinen Posten als Geschäftsführer niederlegen muß, und ich möchte mir erlauben, Ihnen den vom Vorstand und Vorstandsrat neugewählten Geschäftsführer Herrn Dr. Keppeler vorzustellen.

Der Vorstand schlägt Ihnen nun vor, an Stelle des Herrn Geheimrat Beckmann Herrn Direktor Lütty in den Vorstand zu wählen, und ich möchte die Gelegenheit benutzen, unsererseits — ich glaube, ich spreche da in Ihrer aller Namen — unserem scheidenden Geschäftsführer unseren herzlichsten Dank auszusprechen für seine seitherige Führung der Geschäfte und besonders für die Art und Weise, wie er die Geschäfte geführt hat. Sie alle kennen ja Herrn Direktor Lütty so gut, daß es Eulen nach Athen tragen hieße, wollte ich hier noch schildern, wie er die Geschäfte geführt hat. (Langanhaltendes Beifallklatschen und Bravorufen.)

Direktor Fritz Lütty: Meine verehrten Herren! Als ich im Jahre 1897 auf Veranlassung unseres hochverehrten Altmeisters, des Herrn Hofrats Dr. Caro in meiner Eigenschaft als Mitglied Ihres Vorstandes die Geschäftsführung übernahm, da war es mir klar, daß ich in seinem Sinne und nur in seinem Sinne die Geschäfte des Vereins führen könne. War mir doch Gelegenheit geboten gewesen, vorher in eingehenden Unterhaltungen mit Herrn Hofrat Caro zu konstatieren, daß unsere beiderseitigen Auffassungen über Zweck, Ziele und Zukunft des Vereins deutscher Chemiker und die Mittel, zum Ziele zu kommen, sich vollständig deckten. Eine solche eminent bestimmende Persönlichkeit, wie Herr Hofrat Caro, zeichnet die Ziele, die er verfolgen will, weil er sie für richtig erkannt hat, für lange Jahre hinaus vor. Seien wir aufrichtig, m. H., für den Verein ist es kein Unglück gewesen.

Ich muß Ihnen gestehen, daß es mir ein Vergnügen gewesen ist, seinen Intentionen zu folgen. Die scharf begrenzte Marschroute und das eingehende erschöpfende Bearbeiten aller auftretenden Fragen seitens des Herrn Vorsitzenden machte es dem Geschäftsführer leicht, Erfolge zu erringen, wenn auch manchmal bei schärferen Einwänden, die jede Entgegnung abscheidenden Meinungsäußerungen des Herrn Vorsitzenden die Geschäftsführung nicht gerade erleichterten. (Heiterkeit.)

Aber, m. H., ich habe nicht nur in meinem Leben gehorchen gelernt, sondern auch vor allen Dingen seit den frühesten Tagen meiner Kindheit erkannt, die einmal übernommene Pflicht als oberstes Regulativ für das Leben zu erkennen.

Was ich für Sie, für den Verein deutscher Chemiker getan habe, ist dieser Auffassung entsprungen, ich habe nichts weiter getan, als meine Pflicht gegen den Verein und gegen jeden von Ihnen erfüllt. Ich muß gestehen, daß mir diese Pflichterfüllung leicht gemacht worden ist dadurch, daß vor allen Ihr jeweiliger Vorstand in jedweder Weise die Bestrebungen der Geschäftsführung unterstützt hat. Auch sind die Mitglieder des Vereins, vor allen Dingen die Vorstände der Bezirksvereine mir in jeder Weise entgegengekommen durch Eingehen auf die Intentionen, die ich als Leitmotive aufzustellen das Vergnügen hatte.

Ich danke daher den jeweiligen Mitgliedern des Vorstandes, insbesondere unserem hochverehrten Herrn Hofrat Dr. Caro und Herrn Medizinalrat Dr. E. A. Merck für die liebevolle Unterstützung, die sie meinen Bestrebungen haben

zu teil werden lassen, und die gütige Nachsicht, die sie stets bei mir geübt haben. Ich danke aber auch den Mitgliedern des Vorstandes und Ihnen allen dafür, daß sie so mancherlei Mängel und Unterlassungen der Geschäftsführung hingenommen haben, ohne je etwas von denselben zu erwähnen. Nur ab und zu in den Vorstandssitzungen haben die Vertreter der Bezirksvereine ihr Herz ausgeschüttet, und da habe ich liebevoll und gern entgegengenommen, was sie kritisch an mir auszusetzen hatten. (Große Heiterkeit.)

Leider habe ich, wie gestern Abend ein Vorstandsmitglied sagte, mich in den 7½ Jahren meiner Amtsführung als Geschäftsführer trotz aller guten Lehren nicht gerade gebessert. (Wiederholte Heiterkeit.)

Aber, m. H., die Verbesserung eines alten Gebäudes ist manchmal schwer durchzuführen, da ist Abreißen und Neubauen am Platze. Ich habe immer das eine für mich ins Feuer führen dürfen: der Erfolg ist für mich gewesen, und wenn Ihre Kritik manchmal einen Schein der Berechtigung hatte, so habe ich immer auf meinen Erfolg verwiesen. —

Mein verehrter Nachfolger, Herr Dr. Kerpeler, wird die Sache insofern wesentlich leichter haben, als er, getragen von Ihrer Liebe, von vornherein einem größeren Vereine gegenübersteht, und ich bitte Sie, das ganze große Vertrauen, welches Sie mir stets und ständig geschenkt haben, auch in den Nach- und Nachtsitzungen, auf ihn zu übertragen. (Heiterkeit.)

Mir, als verheirateten Mann, ist es gelungen, unsere Frauen zu unseren Jahresversammlungen heranzuziehen, derart, daß sie gern zu uns kommen, um unsere Tagung zu heben und zu verschönern. Herr Kerpeler, als unverheirateten Herrn, ist es vorbehalten, diejenigen von Ihnen, die mit heiratsfähigen Töchtern gesegnet sind, zu veranlassen, die Jugend mitzubringen und die nächste Hauptversammlung mit ihnen zu schmücken. (Heiterkeit und Bravo!)

Hofrat Dr. Caro: Da Herr Dir. Lütty auch meiner so liebevoll und versöhnlich gedacht hat, so drängt es mich, dem scheidenden Geschäftsführer und neuzuwählenden Vorstandsmitglied noch bei Lebzeiten einen recht warmen Nachruf zu spenden.

Als Herr Dir. Lütty aus freien Stücken den Vorstand verließ, um unser Geschäftsführer zu werden, standen wir an einem Wendepunkte unseres Vereins, und heute kann ich hier mit ruhigem Gewissen sagen: unter den sehr wenigen guten Dingen, die ich in meinem Leben vollbracht habe, war Lütty's Gewinnung für den Posten des Geschäftsführers des Vereins deutscher Chemiker eine meiner besten Taten. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender: Es dürfte ja beinahe unnötig sein, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Ich muß aber fragen, hat jemand etwas gegen die Wahl von Herrn Dir. Lütty an Stelle von Herrn Geheimrat Beckmann zum Vorstandsmitglied einzuwenden? — Das ist nicht der Fall; dann ist Herr Dir. Lütty gewählt. Ich frage ihn, ob er die Wahl annimmt.

Dir. Fritz Lütty: Ich nehme die Wahl mit großem Danke an.

6. Wahl von 2 Rechnungsprüfern.

Vorsitzender: Infolge der Verlegung der Geschäftsstelle von Halle nach Darmstadt können die beiden Herren, die sich in den letzten Jahren mit so vielem Eifer der Sache angenommen und das nicht sehr angenehme Amt der Rechnungsprüfer verwaltet haben, leider nicht wieder gewählt werden. Ich glaube aber, in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich den beiden Herren Rechnungsprüfern für ihre langjährige Tätigkeit den wärmsten Dank der Versammlung ausspreche. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, an Stelle der Herren Engelcke und Kobe Herrn Prof. Kolb von der techn. Hochschule in Darmstadt und Herrn Dr. Flimm in Darmstadt, als Rechnungsprüfer zu wählen. Erhebt jemand dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Ich konstatiere, die Herren sind gewählt, und frage Herrn Dr. Flimm, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Flimm: Ich nehme die Wahl dankend an.

Vorsitzender: Herr Prof. Dr. Kolb, der nicht zugegen ist, wird nachträglich gefragt werden.

7. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1906.

Dir. Fritz Lütty berichtet über die früheren Verhandlungen, die Hauptversammlung in Nürnberg abzuhalten, und teilt mit, daß eine Einladung des Mittelfränkischen Bezirksvereins auf nächstes Jahr vorliegt.

Prof. Dr. H. Stockmeier: M. H., als derzeitiger erster Vorsitzender des Mittelfränkischen Bezirksvereins, dessen Sitz, wie Ihnen bekannt, Nürnberg ist, möchte ich Sie im Anschluß an die Worte des Herrn Geschäftsführers bitten, die nächste jährige Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in Nürnberg im Herzen Bayerns abhalten zu wollen. (Bravo!) Unser Herr Geschäftsführer hat Ihnen bereits gesagt, daß die Verhandlungen darüber schon längere Zeit geschwebt haben. Wenn wir das Jahr 1906 als Termin wählten, so geschah es aus dem Grunde, weil in diesem Jahre Nürnberg die 100jährige Erinnerungsfeier seiner Einverleibung in das Königreich Bayern begeht. Zur würdigen Durchführung dieses Festes wird eine Zentenarlandesaussstellung veranstaltet, in welcher nicht nur die gewerblichen, industriellen und künstlerischen Erzeugnisse Bayerns im allgemeinen vorgeführt werden, sondern auch die Beweise für den Aufschwung Nürnbergs unter der Krone Bayerns nach Zeiten schweren wirtschaftlichen Tiefgangs erbracht werden sollen.

M. H., über Nürnberg selbst glaube ich Ihnen nicht viel sagen zu müssen. Manchen von Ihnen ist Nürnberg längst bekannt, viele kennen Nürnberg durch die Lobpreisungen der Dichter und Sänger. Nürnberg war von jeher der Pfeiler jener Brücke, die den deutschen Süden mit dem Norden verbindet; vom Burgfelsen Nürnberg aus hat der Hohenzollernar seinen gewaltigen Flug ans Meer

unternommen. Ich bitte Sie also, m. H., meiner Einladung Folge zu leisten: Kommen Sie nach Nürnberg, der wärmste und herzlichste Empfang ist Ihnen von vornherein sicher! (Lebhaftes Bravo und Beifallklatschen.)

Vorsitzender: M. H., wir brauchen über die Einladung doch wohl nicht abzustimmen, sie ist ja schon mit jubelnder Einstimmigkeit von Ihnen angenommen worden, und wir danken Herrn Prof. Dr. Stockmeier herzlichst für die Einladung. Wir kommen also im nächsten Jahr nach Nürnberg.

8. Berichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift, Abrechnung für 1904 und Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im Jahre 1904. Referenten: Dir. Lütty, Prof. Dr. Rassow.

Prof. Dr. Rassow erstattet seinen Bericht (s. S. 1428).

Geh. Regierungsrat Dr. Lehne: M. H., verschiedene Bezirksvereine haben sich sehr eingehend mit unserer Zeitschrift beschäftigt, und das Organ eines so großen und einflußreichen Vereins ist ja auch ein so wichtiges Unternehmen, daß man ihm nicht genug Aufmerksamkeit schenken kann. Auch der märkische Bezirksverein, den zu vertreten ich die Ehre habe, hat in verschiedenen Kommissionsitzungen sich mit einzelnen die Zeitschrift betreffenden Fragen befaßt. Ich kann aber, um das vorzuschicken, schon jetzt sagen, daß die Erfüllung der wesentlichen Wünsche des Märkischen Vereins durch die Ausführungen unseres Redakteurs bereits zugesichert ist. Ich glaube, wir alle, die wir wirklich die Zeitschrift gelesen haben, haben den Eindruck gewonnen, daß die Zeitschrift ganz erheblich anders geworden ist, als sie noch vor ein paar Jahren war. Natürlich hat eine Zeitschrift, die, wie die unserige, jetzt in ein ganz neues Fahrwasser hineingekommen ist, große Schwierigkeiten zu überwinden. Jeder, der nur einigermaßen die Verhältnisse kennt, wenn es sich darum handelt, eine neue Zeitschrift auf die Füße zu stellen, weiß, wie schwierig es für den betreffenden Redakteur ist, allen Anforderungen der verschiedenen Leser gerecht zu werden. Ich glaube aber, m. H., Sie haben mit mir den Eindruck gewonnen, daß unsere Zeitschrift sich in ganz vortrefflichen Händen befindet. Es ist geradezu rührend, wie allen Vorstellungen und Wünschen, die von den einzelnen Seiten vielleicht noch erhoben werden können, schon im voraus von der Redaktion und Geschäftsführung begegnet worden ist, und wenn erst die Kassenverhältnisse, die, wie der Herr Geschäftsführer berichten wird, zurzeit noch nicht so glänzend sind, wie es wünschenswert wäre, sich gebessert haben werden, können wir, glaube ich, mit der größten Zuversicht der Zukunft unserer Zeitschrift entgegensehen. Ich glaube, daß die Ansichten, die ich hier ausgesprochen habe, von den meisten Herren geteilt werden: Es ist sehr schön, wenn das Organ des Vereins auch jetzt flott vorwärts marschiert, und in diesem Sinne möchte ich mir gestatten, hiermit ein Vertrauensvotum

für unsere Redaktion — das tut nämlich immer sehr gut — in Vorschlag zu bringen. (Beifall.)

Dir. Fritz Lütty (s. S. 1430): Der Redner führt die Einzelheiten der finanziellen Lage des Zeitschriftunternehmens vor, bemerkt, daß voraussichtlich das Jahr 1905 besser abschließen werde als das vergangene Jahr, und bittet, mit ihm gemeinsam dahin zu wirken, daß die Zeitschrift für angewandte Chemie das würdige Organ des Vereins deutscher Chemiker werde. (Beifall.)

Geh. Hofrat Prof. Dr. Beckmann: Verehrte Herren Kollegen! Das Defizit der Zeitschrift ist wirklich nicht so tragisch zu nehmen, und mancher Verein würde sich vielleicht glücklich schätzen, einen solchen Bericht über ein Defizit vorlegen zu können. Es gibt Länder, in denen ein Geldüberschuß vorhanden ist, wo es aber an Leuten fehlt, welche instande sind, den natürlichen Reichtum des Landes wissenschaftlich auszunützen und anzulegen. Wir haben etwas weniger Geld und dafür Überfluß an Wissenschaft, und ich meine, wir sind besser daran, als die anderen. Immerhin glaube ich, dem Herrn Geschäftsführer meine Unterstützung darin zu teil werden lassen zu sollen, daß die Herren, die Überfluß an Geld verspüren — er hat von großen Bilanzen gesprochen, ich bin aber nicht so eingeweiht in der Sache, daß ich mir ein Urteil erlauben könnte —, mit einem Teile Ihres Überflusses die wissenschaftliche Produktion des Vereins fördern helfen möchten. Jedenfalls hoffe ich, ja, ich bin überzeugt, daß, wenn der Herr Geschäftsführer später in den Vorstand eintritt, er in dem Sinne wirken wird, daß er auch dann die Wissenschaft stets weiter sich entwickeln läßt und unserem Herrn Redakteur nicht etwa straffere Zügel anlegt, und ich möchte ihn bitten, daß er auch den neuen Geschäftsführer in diesem Sinne zu beeinflussen sucht.

b) Stellenvermittlung (s. S. 1416).

Dir. Fritz Lütty: M. H.! Sie finden die nötigen Mitteilungen über die Stellenvermittlung im Geschäftsberichte des Vereins. Ich möchte nur hinzufügen, daß wir mit unseren Erfolgen bei der Besetzung der Stellen im abgelaufenen Jahre eigentlich sehr zufrieden sein können.

Ich bitte Sie, m. H., soweit Sie Arbeitgeber sind, und soweit Sie Kenntnis erlangen, daß irgendwo Stellen in der chemischen Industrie zu besetzen sind, sich stets und ständig an die Geschäftsstelle zu wenden. Ich kann zwar konstatieren, daß die Befürchtungen, welche wir an die Fusion der großen Fabriken geknüpft haben, nicht in vollem Maße eingetroffen sind, aber es gibt eine Anzahl unserer Kollegen, denen es wohl schwer wird, in die Technik zu kommen und passende Stellen zu finden. Lassen Sie der Geschäftsstelle soviel als möglich Kenntnis zukommen über Stellen, die zu besetzen sind, und helfen Sie uns damit, die Mitgliederzahl unseres Vereins zu heben, indem wir namentlich dafür sorgen, jüngere Kollegen recht schnellen und guten Unterschlupf in der Industrie zu verschaffen.

c) Techno-Lexikon.

Referent: Dir. Dr. Scheithauer.

Stellvertretender Berichterstatter Dir. Fritz Lütty: Herr Dr. Scheithauer hat leider das Unglück gehabt, einen Unfall zu erleiden. Er hat den Arm gebrochen. Trotz alledem hat er mir folgenden Bericht, den ich Ihnen verlesen soll, übermittelt:

„Zu meinem Bedauern kann ich in Sachen des Technolexikons nur über geringe Erfolge in diesem Jahre berichten. Trotz meiner wiederholten Mahnungen haben eine Reihe von Mitgliedern, die früher ihre Arbeit zugesagt hatten, die Merkhefte nicht bearbeitet und an mich abgeliefert.“

Am 4. Januar 1905 sandte ich die während des Jahres eingegangenen Arbeiten der Vereinsmitglieder an die Redaktion des Technolexikons, es waren dies:

Bergrat Siemens, Der Braunkohlenbergbau,

Dir. Russig, Die Teerproduktenfabrikation, Max Liebig jun., Die Kohlendestillation, Max Liebig jun., Aus der chemischen Technik,

Rudolf Heinz, Aus der anorganischen Chemie.

Die Redaktion des Technolexikons hat nun die Vorarbeiten abgeschlossen, und ist damit auch meine Tätigkeit beendet. Ich habe noch den Auftrag zu erfüllen, im Namen des Herrn Dr. Hubert Janssen, des Vertreters der Redaktion des Technolexikons, allen Mitarbeitern für ihre Mühewaltungen verbindlichen Dank abzustatten.

Auch ich persönlich danke nochmals allen Herren, die mich bei meiner Arbeit in so lebenswürdiger Weise unterstützt haben.

Dr. Scheithauer.“

d) Gebührenordnung (s. S. 1432).

Der Vorsitzende schlägt vor, gleich den Punkt 13 der Tagesordnung

13. Antrag des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins.

Der Vorstand möge, da die Gebührenordnung bisher eine Regelung nicht gefunden hat, die Angelegenheit weiter behandeln. Referent: Dr. Wirth.

mit zu verhandeln und vor allen Dingen die im Vorstandsrat gefaßte Resolution hinzunehmen. Die Resolution liegt gedruckt vor und hat folgenden Wortlaut:

„Bezugnehmend auf die Erklärung, welche Herr Ministerialdirektor Förster als Vertreter des preußischen Ministers der Medizinalangelegenheiten in der Sitzung der Kommission des preußischen Landtags, betreffend Abänderung der Gebührenordnung für Medizinalbeamte, gegeben hat, bittet der Verein deutscher

Chemiker den preußischen Minister des Unterrichts und der Medizinalangelegenheiten, möglichst bald den in Aussicht gestellten besonderen Tarif für die Gebühren der Chemiker unter Zuziehung von sachverständigen Chemikern zu erlassen, der eine Detaillierung der in Betracht kommenden Vorrichtung enthalten soll und eine angemessene Erhöhung der jetzigen seit langer Zeit unhaltbaren Gebührensätze vorsieht.

Zur dauernden eifrigen Behandlung dieser Angelegenheit wird die im vorigen Jahre erwählte Kommission wie nachstehend ergänzt und beauftragt, mit dem Vorstände schriftlich und mündlich weiter zu wirken.“

Vorgeschlagen: Prof. Dr. W. Fresenius, Dr. C. Goldschmidt, Dr. Hohmann, Dr. Langfurth, Direktor Lütty, Dr. Woy.

Berichterstatte Dr. Wirth berichtet über die Schritte, die die von der letzten Hauptversammlung eingesetzte Kommission im Verfolg des dort gefaßten Beschlusses in der Gebührenfrage getan hat, in gleicher Weise wie dies bereits im Vorstandsrat geschehen ist (s. S. 1435).

Prof. Dir. Dr. C. Duisberg: M. H., nach allem, was Sie soeben gehört haben, hat die Kommission in tatkräftiger Weise gewirkt, aber die Hoffnung auf Verwirklichung unserer Wünsche ist sehr gering. Man hoffte auf das damals dem Landtage vorliegende Gesetz, das bis jetzt noch nicht verabschiedet ist, und in dem die Gebührenfrage der Chemiker nicht berücksichtigt war. Ich habe nun Gelegenheit genommen, mit dem Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Gamp, der ein Verwandter von mir ist, und der, wie Sie wissen, sehr tatkräftig in den Parlamenten arbeitet, zu sprechen. Er hat denn auch in jener Landtagskommission, deren Mitglied er ist, sowohl in der ersten, wie in der zweiten Lesung die Regierungsvertreter wegen der Gebührenfrage der Chemiker interpelliert und nach dem mir zur Einsicht zugesandten Protokoll folgende Antwort erhalten:

„Ein Mitglied der Kommission wiederholt noch einmal die schon bei der ersten Lesung gestellte Anfrage, ob und wann die für Chemiker offenbar zu niedrigen Sätze des Gebührentarifs A 3, 12 und 14 einer Abänderung unterzogen werden würden.

Auf diese Anfrage erwidert der Vertreter des Ministers der Medizinalangelegenheiten, daß der dem Entwurf beigefügte vorläufige Tarif nach seiner Überschrift sich nur auf die Medizinalbeamten beschränke und beabsichtigt sei, für die Gebühren der Chemiker einen besonderen Tarif zu erlassen; dieser werde gleichfalls eine Detaillierung der in Betracht kommenden Vorrichtungen enthalten und auch eine angemessene Erhöhung der jetzigen Gebührensätze vorsehen.“

Damit ist die Angelegenheit für uns im Abgeordnetenhaus vorerst erledigt. Wir können dort jetzt nichts machen, sondern müssen uns an den Kultusminister wenden, damit dieser das Versprechen, das sein Vertreter, Herr Ministerdir. Foerster in der Kommission gegeben hat, einlöst. Wir haben jetzt deshalb gestern in der Vorstandsratssitzung beschlossen, Ihnen eine Resolution vorzulegen, die bereits gedruckt in Ihren Händen ist (1436).

Ich brauche zur Begründung der Resolution gar nichts weiter hinzuzufügen. Es bleibt uns also nichts weiter übrig, als erneut an die Arbeit zu gehen und zu sehen, ob wir nicht schließlich doch die so dringend erforderliche Reform der Gebührenfrage für die Chemiker durchsetzen können.

Dr. Bein: M. H., zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, den Auseinandersetzungen der beiden Vorredner zuzustimmen. Ich bin in dieser Sache einigermaßen informiert. Herr Dir. Krey, der hier am Präsidententisch sitzt, wird sich erinnern, daß ich mit ihm 1892 eine Auseinandersetzung über die Sache gehabt habe, und daß wir uns damals auf den Standpunkt gestellt haben, die Sache dürfe nicht von einem einseitigen Gesichtspunkte aus aufgefaßt werden, und zwar nicht derart, als ob sie lediglich die analytischen Chemiker angehe, sondern daß es eine Standesfrage allerersten Ranges sei, und, m. H., es ist in der Tat eine Standes- und Ehrensache, daß die Chemiker, wenn sie einmal irgendwo als Gutachter zu fungieren haben, unabhängig dastehen von der Gnade irgend eines jungen beamteten Arztes, der vielleicht die Sache noch seinem Sekretär zur Bearbeitung übergibt, der nach Maßgabe seiner Einsicht festgestellt hat, ob der betreffende Chemiker viel oder wenig gearbeitet hat und dem zufolge viel oder wenig Gebühren zu beanspruchen hat.

Ein zweiter Punkt kommt in Frage, wenn man Chemiker zur Bearbeitung von Gegenständen heranzieht, die öfter von höchster Wichtigkeit für das allgemeine Wohl sein können. Hier können kleine Gebühren für große Arbeitsleistungen das allgemeine Wohl unter Umständen schädigen, indem der betreffende Chemiker durch dieses Herabdrücken der Gebühren in die Versuchung geführt wird, eine minderwertigere Arbeit zu liefern, als er sie sonst leisten könnte.

Wir haben bereits im Jahre 1893 zur Regelung dieser Verhältnisse eine Eingabe gemacht. Herr Dir. Krey hat mich seinerzeit beauftragt, im Kultusministerium vorzusprechen, und das habe ich wiederholt getan. Trotz der wohlwollenden Zusage der maßgebenden Persönlichkeiten ist die Sache aber bis auf den heutigen Tag im Stadium der Erwägung, der Beratung, der Verhandlung usw. stecken geblieben. Da trat im vorigen Jahr ein günstiges Moment insofern ein, als die Gebührenfrage der Ärzte durch das sogenannte Medizinalgebührengesetz auf die Tagesordnung kam. In diesem Medizinalgebührengesetz sollten alle bisherigen Bestimmungen aufgehoben werden, bis auf den einen Paragraphen, wonach die Chemiker von den einzelnen Regierungen abhängig sein sollen. Ich habe in Mannheim schon meine Warnungen in dieser Beziehung ausgesprochen und ge-

raten, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß der § 8 worin es heißt, daß die Gebühren der Chemiker zwischen 12 und 75 Mark betragen dürfen, und daß etwa zu entscheidende Differenzen durch die Kgl. Regierung bzw. durch die beamteten Ärzte endgültig entschieden werden sollen, beseitigt werde. Ich sehe nicht ein, und mit mir sehen wohl andere Kollegen und auch Beamte im Ministerium nicht ein, warum gerade der Chemiker unter der Aufsicht eines beamteten Arztes stehen muß. Wenn die Bausachverständigen und wenn andere Gutachter mit ihren Gebührenforderungen nicht unter der Aufsicht von anders vorgebildeten Beamten stehen, warum soll dann der chemische Sachverständige abhängig sein. Warum hebt man alle Bestimmungen des Gesetzes von 1872 auf und nur den § 8 nicht?

Die Herren, die den Bericht an den Herrn Vorsitzenden erstattet haben, sind im Juni im Ministerium vorstellig geworden, aber sie haben die Zeit weiterhin nicht ausgenutzt. Der Referent für dieses Gesetz ist Herr Sanitätsrat Dr. Martens aus Schleswig-Holstein, und nachdem ich erfahren hatte, daß kein Mensch mit ihm gesprochen hatte, habe ich den Herrn zweimal aufgesucht. Wir haben ähnlich wie in der Rheinprovinz und anderen Bezirken einen eigenen Verband staatlich geprüfter Nahrungsmittelchemiker von Berlin und der Provinz Brandenburg gegründet, damit wir in der Lage sind, jeden Augenblick vorzugehen wenn es nötig sein sollte. Im Auftrag dieser Vereinigung wurde zweimal mit Herrn Sanitätsrat Martens gesprochen. Herr Sanitätsrat Martens sagt u. a.: Der Verein deutscher Chemiker hat eine Eingabe gemacht, und wir wissen nicht einmal, wohin wir die Antwort richten sollen. Wir haben die Adresse des unterzeichneten Herrn Medizinalrat Merck nicht. (Zuruf: die hätte er überall erfahren können!).

Herr Dr. Martens meinte noch, es seien verschiedene Sachen miteinander verquickt worden, die streng genommen auch nicht zusammen gehören. Die Herren verlangten ursprünglich etwas anderes. Sie verlangten die Aufhebung des § 8, während sie jetzt die Vorlegung einer Gebührenordnung für Chemiker verlangen. M. H., wir haben mit der Gebührenordnung für Chemiker vorläufig im preußischen Landtag nichts zu tun, und darum haben wir in der genannten Vereinigung eine Eingabe gemacht, in der wir gesagt haben: Wir wollen zurzeit, bei der Behandlung des preußischen Medizinalgebührengesetzes nichts weiter, als die Aufhebung des § 8, da ja alle übrigen Bestimmungen durch das neue Gesetz aufgehoben werden sollen. Heben wir den § 8 auf, dann haben wir zunächst reinen Tisch gemacht, und es bleibt bei den Bestimmungen der Reichsgebührenordnung, wonach wenn besondere Sätze bestehen, und der ortsübliche Preis ein höherer ist, lediglich der ortsübliche Satz zu gelten hat. Wenn der § 8 bestehen bleibt, so muß das den Eindruck erwecken, als ob es auf eine Geringschätzung der Chemiker abgesehen wäre, als ob man ostentativ diesen Paragraphen gegen die Chemiker bestehen lassen wolle; denn die Versprechungen, die man gibt, daß man bald eine Gebührenordnung für Chemiker nachfolgen lassen wolle, sind ganz unverbindlich.

Es sind uns doch schon vor 13 Jahren und seitdem öfter Versprechungen diesbezüglich gemacht worden, aber trotzdem ist es immer noch beim alten geblieben. Aber abgesehen davon ist in dem neuen preußischen Gesetzentwurf vorgesehen, daß, wenn auch eine Gebührenordnung für Chemiker in Zukunft erlassen werden sollte, über die Höhe des Honorars doch immer wieder die Regierung, d. h. der beamtete Arzt bzw. sein Rechnungsssekretär endgültig zu bestimmen haben soll, und ich sehe nicht ein, warum wir uns nicht auch im letzten Augenblick noch für die Beseitigung des § 8 einsetzen sollen. Mit der Resolution allein kommen wir nicht weit, die kommt erst in zweiter Linie, und darum erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, als Nr. 1 der Resolution anzuführen:

„1. Mündlich und schriftlich zunächst schleunigst vorzusorgen, daß wie das ganze alte Gesetz vom 9. III. 1872 betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten auch der die Chemiker interessierende § 8 von dem Landtag aufgehoben würde.“

Das ist zunächst das Wichtigste. Die Erfüllung der Zusicherungen, die uns sonst noch gegeben worden sind, wird sich vielleicht noch mehrere Jahre hinziehen. Der preußische Gesetzentwurf ist zwar in der zweiten Lesung der Kommission bereits erledigt, aber da die Vereinigung approbierter Nahrungsmittelchemiker in Berlin und Brandenburg sich auch für die Sache interessiert hat, und da wiederholt mit dem Referenten gesprochen wurde, wie auch mit anderen Mitgliedern der Kommission, so glaube ich, daß, wenn der Verein auch jetzt noch eine präzise und kurzgefaßte Eingabe mit einer ungefähren Motivierung, wie ich sie hier vorgetragen habe, einreicht, wird doch noch ein Erfolg erzielt werden. Ich wiederhole: Es ist nicht einzusehen, warum gerade die Chemiker allein diesbezüglich unter der Aufsicht der Ärzte stehen sollen, während alle anderen Sachverständigen, z. B. die Bausachverständigen, vollständig unabhängig sind.

Vorsitzender: Über das, was der Herr Vorredner gesagt hat, sind wir uns alle vollkommen klar. Ein Antrag, die erforderlichen Schritte zur Aufhebung des § 8 zu tun, war ja auch im vorigen Jahre auf Anregung des Vereins für Rheinland und Westfalen gestellt worden, und die bezüglichen Eingaben sind bereits von uns gemacht.

Dr. Bein: Aber gleichzeitig verquickt mit dem Tarif, und darauf muß die Antwort lauten: Wir sind an die Kommission des preußischen Landtages zur Bearbeitung des Gebührengesetzes der Medizinalbeamten herangetreten, und mit einem Tarif der Chemiker hat diese absolut nichts zu tun. Jedenfalls ist es für die Herren viel naheliegender, wenn sie den Beschluß fassen können, die sämtlichen Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1872 einschließlich des § 8 aufzuheben als zu sagen: Eine Ausnahme bilden nur die Chemiker, die wollen wir aus der Abhängigkeit von den Ärzten nicht herauslassen.

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: Über das, was Herr Dr. Bein vorgetragen hat, waren wir, glaube ich, alle orientiert, darüber haben wir uns im vorigen Jahre stundenlang unterhalten, und eine erneute Debatte darüber hat meiner Meinung nach

gar keinen Zweck. Man hebt bekanntlich in den Parlamenten keine Gesetze auf, wenn man nichts Neues an die Stelle setzen kann. Die Regierung will für die Medizinalbeamten eine neue Gebührenordnung einführen, und da haben wir geglaubt, es sei die Gelegenheit gekommen — und das schien ja auch so —, daß wir in dieses Gesetz auch dasjenige für die Chemiker hineinbringen können. Nun sagt die Regierung bei der zweiten Lesung — und das ist bekanntlich die letzte Lesung in der Kommission —, ich will mit diesem Gesetz überhaupt nicht die Chemiker treffen, sondern für die letzteren will ich, beziehend auf Verhandlungen die beim Reichsgesundheitsamt seit Jahren über diese Angelegenheit schweben, ein neues Gesetz erlassen. Bei Einführung dieses Gebührentarifes ist dann die Gelegenheit zur Aufhebung des berechtigten § 8 gegeben, weil man dann etwas anderes hat, was man an dessen Stelle setzen kann. Das ist meiner Meinung nach sehr einfach und logisch. Wenn wir aber neue Eingaben an das Parlament machen, dann wandern sie — das kann ich Sie versichern — alle in den Papierkorb. (Sehr richtig!).

Denn an Spezialgesetzen, welche in Kommissionen vorberaten sind, kann man meist im Landtage selbst nichts ändern. Wenn eine Vorlage der Regierung in der Kommission behandelt ist — und das ist hier der Fall —, dann können Sie sich Mühe geben, so viel Sie wollen, das nützt gar nichts. Nun ist es aber ein großer Unterschied, ob ein Ministerialdirektor einem Herrn Dr. Bein etwas verspricht, oder ob dies einer Landtags- oder Reichstagskommission gegenüber geschieht. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Herr Ministerialdirektor Foerster oder das Kultusministerium dem Abgeordneten gegenüber nicht Wort halten, dann wird Herr G a m p die Initiative ergreifen und energisch darauf drängen, daß das, was versprochen ist, auch erfüllt wird, und ich bin überzeugt, daß Herr G a m p, der soviel Interesse für uns bekundet hat, auch weiter energisch für uns eintritt; darauf können Sie sich verlassen. (Bravo!).

Ich bitte Sie also, es bei dem Vorschlage des Vorstandes zu belassen.

Dr. Treumann: Der Vorredner hat mir vieles von dem, was ich sagen wollte, vorweg genommen. Ich möchte nur davor warnen, von dem abzugehen, was von seiten des Vorstandes vorgeschlagen worden ist, und ich bitte Sie, meine Herren, stimmen Sie geschlossen für die Resolution!

Ich möchte alsdann die Gelegenheit benutzen, um mein Bedauern darüber auszusprechen, daß von anderer Seite, ich möchte sagen, Eingriffe in die Bestrebungen des Vereins deutscher Chemiker und Gegenmachinationen gegen die im Interesse des Chemikerstandes von uns eingeleiteten Schritte unternommen werden. Im Verein deutscher Chemiker ist die Angelegenheit, um die es sich handelt, eingehend besprochen worden; es ist eine Kommission aus hervorragenden Sachverständigen, an deren Spitze Herr Prof. Fresenius steht, eingesetzt worden. Die Herren haben den Tarif beraten; die Mitglieder der Kommission sind alle sehr orientierte Personen und wissen sehr wohl, was sie zu tun und zu lassen haben. Da kommt nun ein neuer Verein, der Verein staatlich geprüfter Nah-

rungsmittelehemiker von Berlin und Umgegend und überläßt die Ministerien mit allerhand Eingaben, so daß diese schließlich nicht mehr wissen, woran sie sind, denn sie können nicht ohne weiteres unterscheiden zwischen einem Vereine, der vielleicht 4 oder 5 Leute umfaßt, und einem Vereine, von der Bedeutung und Größe des Vereins deutscher Chemiker, oder des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker, der mit einigen Ausnahmen alle selbständigen Laboratorien umfaßt. Wenn in unserer Eingabe insofern ein kleiner Fehler unterlaufen ist, als die Adresse des Herrn Medizinalrats Merck nicht angegeben wurde, so meine ich, daß die Regierung sehr wohl Mittel und Wege besitzt, um auf kürzestem Wege diese Adresse in Erfahrung zu bringen; denn der Verein deutscher Chemiker ist im Ministerium sehr wohl bekannt. Im übrigen möchte ich aber noch hinzufügen, daß es direkt ein Irrtum ist, was Herr Dr. Bein uns über den § 4 des Gesetzes über die Gebühren von Zeugen und Sachverständigen vorgetragen hat. Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige sollen im allgemeinen nach der aufgewandten Zeit berechnet werden, und das ist bekanntlich bei chemischen Untersuchungen häufig ein sehr schwieriger Fall. Eine Untersuchung zu berechnen nach der Zeit, die sie in Anspruch genommen hat, ist nicht selten fast ein Ding der Unmöglichkeit, denn derartige Untersuchungen werden nicht in einem Zuge ausgeführt, und in der Zwischenzeit beschäftigt sich der Chemiker auch mit anderen Sachen, und er kann unmöglich jedesmal die Zeit notieren, in welcher er sich ausschließlich mit der vom Gericht angeordneten Untersuchung beschäftigt.

Nun heißt es in § 4: Schwierige Untersuchungen sollen nach dem ortsüblichen Preise berechnet werden, und wenn der ortsübliche Preis ein höherer ist, als der nach dem Zeitaufwande berechnete, so soll — also bei schwierigen Untersuchungen — die Untersuchung nach dem ortsüblichen Preise berechnet werden. Wir haben aber viele chemische Untersuchungen, die durchaus nicht einfach, sondern sehr schwierig sind und lange Zeit beanspruchen. Ich habe selbst in der letzten Zeit einen solchen Fall gehabt, und dann sind die Gerichte bereit, Liquidationen nach dem ortsüblichen Preise zuzulassen. Also im allgemeinen, glaube ich, kann man sagen, daß man zuweilen mit dem Standpunkte, auf den sich die Gerichte stellen, wohl zufrieden sein kann, aber mit solchen Maßnahmen, wie Herr Dr. Bein sie vorschlägt, kommen wir nicht vorwärts, namentlich nicht, wenn dadurch Maßnahmen dieses großen Vereins unterminiert und Gegenmaßnahmen getroffen werden, ohne daß man sich vorher mit den Vereinen ins Benehmen setzt, die seit langem die Gebührenfrage in zielbewußter Weise bearbeitet haben. Ich bitte Sie also, meine Herren, bleiben Sie bei dem Vorschlage des Vorstandes und nehmen Sie die Resolution an! (Bravo!)

Dr. Karl Goldschmidt: Ich möchte an die Verhandlungen im vorigen Jahre erinnern. Kurz bevor wir in die Verhandlungen eintraten, war dem preußischen Landtage eine Gebührenordnung vorgelegt worden für die beamteten Ärzte, und in dieses Gesetz waren die Gebühren für die

Chemiker mit hereingezogen worden. Es kam uns daher darauf an, in erster Linie zu verhindern, daß die Chemiker gleichzeitig mit den Ärzten in dieser Gebührenordnung behandelt würden. Das hat unsere Kommission erreicht; denn wir haben ja gehört, daß die Chemiker nicht gemeinsam mit den Ärzten behandelt werden sollen, sondern daß für sie eine besondere Gebührenordnung erlassen werden soll. Damit ist also unser erster Wunsch erfüllt, und ich hoffe, daß die Kommission, die Sie jetzt wählen, auch erreichen wird, daß die Gebührenordnung für Chemiker auch in unserem Sinne ausfallen wird.

Dir. Fritz Lütj: M. H., ich kann mich ganz kurz fassen. Ich habe schon vorhin bei einer anderen Debatte und gestern im Vorstandsrat darauf hingewiesen, daß es nicht angebracht ist, wenn einseitig von einzelnen Mitgliedern vorgegangen wird, sondern daß es unbedingt im Interesse der Sache notwendig ist, daß der Hauptverein von derartigen Schritten vorher verständigt wird. Ich möchte Herrn Dr. Bein für die Folge bitten, in solchen Fällen, wenn ein Versehen vorkommt, es nicht an die große Glocke der Hauptversammlung zu hängen, sondern es der Geschäftsstelle mitzuteilen, damit sie in der Lage ist, einzugreifen und die Sache zu berichtigen.

Dr. Bein: Ich bedauere sehr, daß ich mißverstanden worden bin, namentlich betreffs der vom Vorstände vorgeschlagenen Resolution. Dieser Resolution stimme ich vollständig bei. Es handelt sich nur darum, daß ich außerdem auch noch einen Versuch gemacht sehen möchte zwecks Aufhebung des § 8, und darum habe ich eine Nr. 1 der Resolution vorgeschlagen. Gegen die vorgeschlagene Resolution habe ich gar nichts einzuwenden und wünsche nur, als Vordersatz oder als besonderen Punkt derselben aufgenommen zu sehen, daß der Verein nochmals im letzten Augenblick versuche, den § 8 zu beseitigen.

Herr Prof. Duisberg sagte: Es ist etwas anderes, wenn ein Regierungsvertreter mir oder einer Kommission des Abgeordnetenhauses etwas verspricht. Nun, mir ist nichts versprochen worden, sondern es ist dem Verein etwas versprochen worden, ich habe das Schreiben, welches aus dem Jahre 1895 stammt, in der Hand. Was aber die Frage anlangt, die einer der Herren Vorredner angeschnitten hat — ich glaube, es war Herr Dr. Treumann —, daß sich bedauerlicherweise kleine Verbände bildeten, die die großen Verbände schädigten und ihre Maßnahmen durchkreuzten, so ist das m. E. nur Sache derjenigen Kollegen, die sich in den verschiedensten Gegenden (Hamburg, Rheinprovinz, Berlin) vereinigt haben, zu befinden, was ihnen frommt. Ich glaube deshalb jede Bemerkung darüber umsommer abweisen zu sollen, als von einer Schädigung oder Durchkreuzung kollegialer Interessen niemals die Rede sein kann, soweit anständig gesinnte und Intriguen abgeneigte Chemiker in Frage kommen. (Rufe: Schluß!). Ich habe ferner zu erwähnen, daß der § 3 2 Mark für die Stunde vorsieht, und es werden in der Tat die Untersuchungen so berechnet. Nach § 4 der Reichsgebührenordnung soll aber auch der ortsübliche Preis berechnet werden können. Das kann aber nur dann geschehen, wenn der § 8 aufgehoben ist.

Ich bleibe also bei meinem Antrag, selbst für den Fall, daß ich damit unterliegen sollte. Mit der vom Vorstände vorgeschlagenen Resolution bin ich, wie öfters gesagt, vollständig einverstanden; ich bitte nur, in letzter Stunde noch einmal den Versuch zu machen, daß § 8, wenn es irgend möglich ist, aufgehoben wird.

Vorsitzender: Es hat sich niemand mehr zum Wort gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegen zwei Anträge vor. Ich werde zuerst den weitergehenden Antrag, wie ihn Herr Dr. Bein formuliert hat, zur Abstimmung bringen. (s. oben).

Dr. Bein: Ich bitte hinzuzufügen „mit der Resolution anzunehmen“.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren, die den Antrag in der von Herrn Dr. Bein beantragten Fassung annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Dafür sind nur zwei Herren, Dr. Bein und Prof. Dr. Bredt. Der Antrag ist also abgelehnt. Nun bitte ich die Herren, die die Resolution, wie der Vorstand und der Vorstandsrat sie vorgelegt haben, annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Das ist die große Mehrheit, der Antrag ist angenommen.

e) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.

Berichterstatter Dr. Goldschmidt: M. H., im vorigen Jahre faßten Sie auf der Hauptversammlung in Mannheim folgenden Beschluß:

„Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Chemiker beauftragt den Vorstand, in einer Eingabe an die Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten dahin zu wirken, daß nach gemeinsamen Grundsätzen Vorkehrungen getroffen werden gegen den Zuzug von solchen ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen, welche eine nicht genügende Bildung besitzen, und zwar durch die Forderung, daß die Ausländer eine Vorbildung nachweisen, welche einmal den Anforderungen gleichwertig ist, welche wir an die Zulassung als ordentliche Studierende stellen, und welche ferner im Heimatlande dieser Ausländer zum Studium an einer technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt. Ferner sollen die Ausländer aber auch nur so weit zugelassen werden, als die Plätze nicht von deutschen Studierenden beansprucht werden.“

Der Vorstand ist Ihrem Beschluß nachgekommen und hat eine Eingabe¹⁾ verfaßt, welche sich an die Ausführungen eng anschließt, welche ich Ihnen im vorigen Jahre vorzutragen die Ehre hatte. Die Eingabe wurde Ihrem Auftrage gemäß an die

¹⁾ Der Wortlaut dieser Eingabe und die darauf erfolgten Antworten sind im Geschäftsbericht des Vorstandes (s. Seite 1417) zum Abdruck gekommen.

Reichsregierung und an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten gesandt.

Die Frage der ausländischen Studierenden an unseren Hochschulen ist in der Zwischenzeit im Parlament und in der Presse vielfach verhandelt worden, und die Regierungen der deutschen Bundesstaaten haben, soweit sie an Hochschulen interessiert sind, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zugewendet und zwar im allgemeinen im Sinne unseres vorjährigen Beschlusses, wie ich mit Freude feststellen kann. Wenn die Stellungnahme der deutschen Regierungen auch nicht ausschließlich auf unsere Verhandlungen zurückzuführen ist, so hat die Tätigkeit unseres Vereins jedenfalls auch das ihre zu der erfreulichen Erscheinung beigetragen.

Seit wir im vorigen Jahre versammelt waren, ist nun eine neue technische Hochschule in Deutschland gegründet worden, und zwar in Danzig. Nach Zeitungsmittellungen bestimmt das dortige Programm, daß Ausländer zum Studium nur zugelassen werden sollen, wenn sie in einer deutschen neunklassigen Lehranstalt die Abgangsprüfung abgelegt haben. In allen anderen Fällen sei ihre Zulassung nur nach vorheriger Genehmigung des Ministers und des Oberpräsidenten möglich. Die Nachricht ist nun in dieser Form nicht ganz richtig.

1. Für Inländer ist erforderlich der Besitz des Reifezeugnisses einer neunklassigen Schule, wobei wie wohl an allen technischen Hochschulen, das Reifezeugnis einer bayerischen Industrieschule oder der Kgl. sächsischen Gewerbeschule zu Chemnitz einem Zeugnis einer neunklassigen höheren Schule gleich geachtet wird.

2. Reichsinländer, welche eine außerdeutsche Lehranstalt besucht haben, werden dann als Studierende zugelassen, wenn ihre Vorbildung in dem betreffenden Lande zum Besuch einer Hochschule berechtigt, außerdem die Vorbildung der unseren neunklassigen Schulen im wesentlichen gleichwertig ist.

3. Bis auf weiteres können Reichsinländer mit der Primäreife oder, wenn sie im Auslande ihre Schulkenntnisse erworben haben, mit im wesentlichen gleichwertiger Bildung ausnahmsweise aufgenommen werden, jedoch nur mit Genehmigung des Ministers.

Unter gleichen Bedingungen können nun auch, freilich stets nur mit Genehmigung des Ministers, auch Ausländer aufgenommen werden. Es hat also der Minister die Zulassung von Ausländern vollkommen in der Hand, da jeder Ausländer, auch wenn er auf einer deutschen neunklassigen Schule das Reifezeugnis erworben hat, ministerieller Genehmigung bedarf.

Wir lieben ja in Deutschland die straffe Zentralisierung nicht, und Studenten und Professoren haben erst kürzlich in Preußen den Versuch straffer Zentralisierung und die damit verbundene Schematisierung der Verwaltung unserer Hochschulen erfolgreich abgewiesen.

Wir dürfen aber zurzeit überzeugt sein, daß die preußische Staatsregierung die slawische Gefahr wohl erkannt hat, und daß die an der germanisch-slawischen Grenze gelegene Hochschule von dem für sie besonders gefährlichen slawischen Andrang nicht überflutet werden wird.

Die technischen Hochschulen zu Dresden, München und Stuttgart entsprechen den in unserer Resolution niedergelegten Anforderungen, indem sie ein Reifezeugnis verlangen, welches demjenigen unserer neunklassigen Mittelschulen gleichwertig ist, und außerdem die Hochschulberechtigung des Betreffenden in seinem Heimatlande. Stuttgart fordert außerdem, daß in dem Heimatlande des betreffenden Ausländers die Deutschen mit Reifezeugnis zum Hochschulstudium als ordentliche Studenten zugelassen werden. Da bei uns es wohl kaum Väter geben wird, welche ihre Söhne nach Moskau oder Kiew senden würden, selbst wenn sie dort zum Studium zugelassen würden, so erscheint mir diese Bestimmung weniger wichtig, als die in München vorhandene, daß Ausländer im allgemeinen als Zuhörer nicht aufgenommen werden, während Deutsche, welche das Einjährig-Freiwilligen Zeugnis besitzen, als Zuhörer zugelassen sind. Eine Ausnahme kann nur gemacht werden bei solchen Ausländern, die Angehörige deutscher Sprachgebiete sind, namentlich Österreichs und der Schweiz.

Die technischen Hochschulen zu Braunschweig, Darmstadt und Karlsruhe nehmen Ausländer als Studierende auf, wenn sie in ihrem Heimatlande hochschulberechtigt sind. Bedingen aber nicht, daß die ausländische Schule qualitativ unserer deutschen neunklassigen Schule gleichkommt. Die gleiche Vorschrift hat die Bergakademie zu Freiberg, während die Bergakademie zu Berlin eine der Reife einer neunklassigen deutschen Schule gleichwertige Vorbildung, genügende Beherrschung der deutschen Sprache und, wie bei den Inländern, eine einjährige praktische Lehrzeit fordert. Eine Ausnahme macht die Bergakademie in Berlin nur zu gunsten derjenigen Deutschen Staatsangehörigen, welche die Reife eines russischen Gymnasiums erlangt haben. Diese werden ohne weiteres aufgenommen. Von Russen wird ausdrücklich verlangt, daß sie an einer technischen Hochschule bereits studiert haben oder dort zum Studium zugelassen sind. So gering der Unterschied zwischen den Aufnahmebedingungen der Königl. Bergakademie zu Berlin und der zu Freiberg auch ist, so groß ist der Unterschied im Andrang der Ausländer zu diesen beiden Bergakademien. Während die Berliner Bergakademie neben 276 Inländern nur 22 Ausländer zählt, studieren in Freiberg neben 198 Inländern 263 Ausländer, darunter 144 Russen. Noch günstiger sind die Aufnahmebedingungen für Ausländer auf den drei älteren preußischen technischen Hochschulen zu Berlin, Aachen und Hannover. Während letztere technische Hochschule wenigstens in der Regel das Reifezeugnis einer im Heimatlande zum Hochschulstudium berechtigten Anstalt fordert und nur ausnahmsweise günstigere Bedingungen stellt, ferner ausländische Hospitanten zuläßt, wenn sie nur annähernd gleiche Kenntnisse wie die deutschen Hospitanten, nämlich Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, überlassen die Bestimmungen der technischen Hochschule zu Berlin und Aachen die Aufnahme von Ausländern als Studierende dem

Rektor und dem betreffenden Abteilungsvorstande, welche zu entscheiden haben, ob der Betreffende nach Alter und Bildungsgrad zur Immatrikulation geeignet erscheint. Mangels Einverständnisses entscheidet der Senat. Ein Zeugnis, das im Heimatlande zum Studium zuläßt, wird als genügende Vorbildung angesehen. Es können also auch Rektor und Abteilungsvorstand mildere Bedingungen genehmigen.

Man müßte nun schließen, daß angesichts dieser Bestimmungen zu den preußischen technischen Hochschulen sich die Ausländer am meisten drängten, während die sechs außerpreußischen technischen Hochschulen verhältnismäßig weniger von ihnen aufgesucht würden. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben in Preußen im verflossenen Wintersemester 627 Ausländer gehabt, während die außerpreußischen technischen Hochschulen 1895 aufwiesen. Während im Wintersemester 1901/1902 an den technischen Hochschulen 1994 Ausländer studierten, ist ihre Zahl 1902/1903 auf 2096 und 1904/1905 auf 2425, die größte je dagewesene Zahl, gestiegen.

Könnte ich zu Beginn meines Referates mit Freude konstatieren, daß unsere Regierungen der Gefahr, welche uns aus dem übermäßigen Zudrang der Ausländer und besonders unliebsamer Elemente droht, ihre volle Aufmerksamkeit geschenkt hat, so erschen Sie aus diesen Zahlen, daß der Erfolg noch ein gänzlich negativer ist, so daß dieser Übelstand mit Aufnahmebedingungen allein nicht zu bekämpfen ist.

Daß auf dem Wege der Verwaltung aber mancherlei erreicht werden kann, erschen wir an unseren preußischen technischen Hochschulen, bei denen die Zahl der Ausländer im allmählichen, wenn auch langsamen Rückgang begriffen ist. Während im Wintersemester 1900/1901 an den drei preußischen Hochschulen noch 177 Russen studierten, ist die Zahl im Wintersemester 1902/1903 auf 130 und im letzten Wintersemester auf 116 Russen zurückgegangen. Der übermäßige Andrang liegt bei uns hauptsächlich — abgesehen von der Bergakademie Freiberg, die ich von meinen Betrachtungen ganz ausnehmen will — in den technischen Hochschulen zu Darmstadt mit 339 Russen bei insgesamt 1951 Hörern (17%), in Karlsruhe mit 189 Russen bei 1588 Hörern (12%), München mit 242 Russen bei 2758 Hörern (9%) und Braunschweig, welches bei 534 Hörern 110 Russen (20%) aufweist.

Diese russische Gefahr, wenn ich sie so nennen darf, ist nun durch die Schließung sämtlicher russischen Hochschulen vorläufig noch erhöht worden, und dieses Vorkommnis hat zunächst die technische Hochschule zu München bewogen, bis auf weiteres die Russen von der Aufnahme an der Münchner technischen Hochschule auszuschließen, nachdem dieselben bereits 11% der Hörerzahl ausmachen. Und ebenso ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß Braunschweig beschlossen hat, die Zahl der Ausländer auf 12% zu beschränken und so lange keine weiteren aufzunehmen, als diese Zahl überschritten ist.

Außerdem wird in Braunschweig von Ausländern ein höheres Schulgeld gefordert, während andere deutsche Bundesstaaten die Frage noch erwägen, welche, wie wir ja ausdrücklich im vorigen Jahre zugegeben haben, von einschneidender Bedeutung kaum sein dürfte.

Das Wichtigste ist jedenfalls, daß unsere deutschen Regierungen die große Gefahr erkennen, die uns erwächst aus dem Zudrang gewisser Ausländer, und daß sie gegen diese Gefahr nicht nur mit den toten Buchstaben von Bestimmungen vorgehen, sondern auch mit geeigneten, den jeweiligen Verhältnissen der betreffenden Hochschule angepaßten Verwaltungsmaßregeln. Es muß also mit anderen Worten nicht schematisiert, sondern individualisiert werden. Ich glaube, daß man das wenigstens in Preußen erkannt hat; denn nur unter diesen Gesichtspunkten sind die Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors Dr. Althoff verständlich, der am 1. März d. J. im preußischen Abgeordnetenhaus sagte: „Auf den preußischen Universitäten studieren in diesem Wintersemester 1746 Ausländer unter im ganzen 19 500 Studenten, also ein sehr geringer Prozentsatz“, am nächsten Tage aber: „Es sind 932 Studierende in Königsberg vorhanden, davon sind 71 Ausländer, und unter den 71 Ausländern befinden sich 61 Russen. Also da heißt es doch — auf die ganze Sache will ich nicht wieder eingehen — videant consules. Wir werden dies sorgfältigst im Auge behalten, uns näher über die Zustände in Königsberg informieren und das, was der Herr Vorredner gesagt hat, gebührend beachten.“

Während also auf den Universitäten im Durchschnitt 9% ganz ungefährlich sind, sind in Königsberg 7½% höchst beachtenswert. Es kommt eben in erster Linie auf die Hochschule selbst, auf das Leben auf derselben an und aus welchen Elementen sich die Ausländer zusammensetzen.

Besonders wichtig erscheint es mir, daß mit dem Unwesen der ausländischen Hörerinnen gebrochen wird, im allgemeinen sind diese an unseren deutschen technischen Hochschulen nicht sehr zahlreich, an einzelnen Orten sammeln sie sich aber, man muß sagen, geradezu unheimlich an. So teilte Herr Ministerialdirektor Althoff im preussischen Abgeordnetenhaus mit, daß allein an der Universität Berlin es nicht weniger als 657 ausländische Hörerinnen gebe. Sie werden mir alle zugeben, daß dies eine Ungeheuerlichkeit ist, und wenn Herr Ministerialdirektor Althoff dies zurückführt auf die laxe Handhabung der Immatrikulierung, so müssen wir dringend den Erlaß von Bestimmungen fordern, welche diesem Unwesen steuern!

Ich habe im vorigen Jahre bereits vor Ihnen ausgeführt und die Eingabe, die der Vorstand an die Regierung gesandt hat, hat das aufgenommen, wie bedenklich es ist, daß viele Ausländer derselben Nationalität an einer Hochschule sich sammeln, sich landsmannschaftlich absondern und dadurch gerade verhindern, daß sie von den Deutschen und die Deutschen von ihnen lernen. Hier wäre es in erster Linie Sache der Aufnahmebehörden, dafür zu sorgen, daß nicht zu viele Angehörige einer Nationalität sich an einer Hochschule sammeln,

und zweitens wäre es wünschenswert, wenn Lehrerschaft und Studentenschaft dafür sorgten, daß die Ausländer sich nicht von den deutschen Studenten absondern. Natürlich ist das nur möglich, wenn wir nur das Beste aus dem Auslande aufnehmen, junge Leute, die von den Deutschen als gleichberechtigt angesehen werden, welche ihrerseits Verkehr mit den deutschen Studenten suchen und andererseits auch den Deutschen als begehrenswerte Gesellschaft erscheinen.

Auf dem Hochschultag in Weimar Mitte Mai d. J., welcher sich freilich nicht mit der Frage der ausländischen Studierenden beschäftigte, haben unsere jungen Studenten den Zweck der Studienjahre sehr schön wie folgt charakterisiert:

„Die Studienjahre sind für den Studenten eine Zeit der Entwicklung, in der er sich vorbereiten soll, insbesondere für die Ausübung seines späteren Berufes im Dienste des Vaterlandes.

Diese Vorbereitungen umfassen:

Den Erwerb des für seinen späteren Beruf notwendigen Wissens; die Ausbildung des Charakters, d. h. das Streben, sich durch Selbsterziehung zu einer geistig wie sittlich freien Persönlichkeit zu entwickeln.

Dies ist nur möglich, wenn der Studierende die ihm von der Hochschule gebotene Gelegenheit benutzt, in Berührung mit Kommilitonen der verschiedensten Anschauungen und Kreise zu treten und im unbefangenen Verkehr mit ihnen die eigene Anschauung zu bilden und zu entwickeln.“

Ich kann mein diesjähriges Referat nicht besser schließen als mit dem Wunsche, daß es unserer Regierung gelingen möge, die Ausländerfrage an den Hochschulen so zu regeln, daß es In- und Ausländern möglich sein wird, im unbefangenen Verkehr miteinander die eigenen Anschauungen zu bilden und zu entwickeln. (Bravo!)

Vorsitzender: Ich danke Herrn Dr. Goldschmidt für sein ausführliches Referat und eröffne die Diskussion.

Prof. Dr. Bredt: Herr Dr. Goldschmidt hat gesagt, daß die preussischen Hochschulen, u. a. Aachen, nicht streng genug prüften, wenn sie Ausländer zum Studium zuließen. Ich möchte Ihnen eine Tatsache mitteilen, die das Gegenteil dokumentiert. Es haben sich in Aachen Holländer zur Promotion gemeldet, sie sind aber abgewiesen worden, obgleich sie die holländische Oberrealschule absolviert hatten, weil diese nicht vollkommen unsere Ansprüche erfüllt. Sie wandten sich darauf in einer besonderen Eingabe nach Berlin und wiesen nach, daß hervorragende Männer die gleiche holländische Realschulbildung wie sie gehabt hätten, u. a. van't Hoff und Röntgen. Sie zogen daraus die Schlußfolgerung, daß eine Schule, die solche Männer vorgebildet hätte, nicht unwürdig sein könnte, als Vorbildungsanstalt für das vollwertige Studium an deutschen Hochschulen zu gelten.

M. H., ich wollte damit nur beweisen, daß der Maßstab, den die technische Hochschule in Aachen an die Vorbildung der Ausländer anlegt, keineswegs so gering ist, wie es nach den Äußerungen des Herrn Berichterstatters scheinen könnte. Aber immerhin meine ich, daß, wenn wir Leute

mit solcher Vorbildung als Professoren heranziehen, wir nicht wohl Leute mit gleicher Vorbildung als Studierende von der Ablegung der Examina ausschließen können.

Berichterstatter Dr. Goldschmidt: Ich habe gesagt: Die Bestimmungen, die Aachen hat, sind sehr weitgehende; sie überlassen es vollkommen dem Rektor und dem Abteilungsvorstande, ob sie jemand aufnehmen wollen oder nicht. Ich habe ausdrücklich konstatiert, daß gerade an den preussischen technischen Hochschulen die Bestimmungen sehr strenge gehandhabt werden, und daß wir es diesem Umstande vielleicht verdanken, daß wir verhältnismäßig wenig Ausländer hier haben, und wenn sie überall gleich gut gehandhabt würden, so wären sie vollkommen ausreichend.

Auf die weiteren Folgerungen, die Herr Prof. Bredt gemacht hat, daß, weil aus derartigen Schulen so berühmte Männer wie Röntgen und van't Hoff hervorgegangen wären, daß also die Schüler derartiger Anstalten auch genügend vorgebildet wären für den Besuch der deutschen Hochschulen, kann ich nur sagen: Die Ausnahme bestätigt doch hier nur die Regel. Faraday hat auch nur Volksschulbildung gehabt, und wenn wir dem Gedanken des Herrn Prof. Bredt konsequent folgen wollten, dann müßten wir alle englischen Volksschüler zum Studium an unseren deutschen Hochschulen zulassen.

Es ist gewiß nicht ausgeschlossen, daß ein bedeutender Geist auch einmal mit mangelhafter Vorbildung ein großer Mann wird, aber für Deutschland müssen wir doch den Grundsatz aufstellen: Wenn wir von den Deutschen ein Mindestmaß von Vorbildung für den Besuch der Hochschule fordern, dann müssen wir dasselbe auch von den Ausländern fordern.

Prof. Dr. Bredt: Nun, Ausnahmen kann man das schon nicht mehr nennen; ich habe nur Holländer genannt, die nach Deutschland berufen worden sind. Eine gleiche Vorbildung haben hervorragende holländische Gelehrte, wie mir von Holländern gesagt wurde, noch viele andere, z. B. Zeemann, Lorenz, gehabt, im übrigen sind der Rektor und der Abteilungsvorsteher an unseren Hochschulen keine Selbstherrscher; wir haben eine Verfassung. Der Abteilungsvorstand hat die sämtlichen Mitglieder der Abteilung, der Rektor den Senat abstimmen zu lassen, wenn eine derartige Abstimmung getroffen werden soll.

Geheimrat Prof. Dr. Beckmann: Ich will kurz berichten, wie die Angelegenheit in Leipzig steht. Die Bewegung gegen die Ausländer hat dort dazu geführt, daß Rektor und Professoren von seiten der Regierung angewiesen worden sind, für die Inländer, soweit es irgend angeht, die Plätze zu reservieren. Sodann scheint auch bezüglich des Frauenstudiums in der letzten Zeit eine etwas strengere Handhabung der Immatrikulierung Platz gegriffen zu haben; wenigstens hat die Zahl der studierenden Damen, soweit meine Kenntnis sich erstreckt, einen großen Rückgang erfahren. Ich hatte früher in meinen Vorlesungen etwa 30 Hörerinnen, darunter sehr viele Russinnen, während ich jetzt nur noch solche habe, die ein deutsches Gymnasium absolviert haben. Es scheint also die In-

matrikulierung jetzt sehr scharf gehandhabt zu werden.

Dr. G. Keppeler: Ich möchte Herrn Dr. Goldschmidt darauf aufmerksam machen, daß man nicht nur nach den örtlichen Verhältnissen der deutschen Hochschulen über die Zulassung von Ausländern urteilen, sondern, daß man auch auf die ausländischen Verhältnisse Rücksicht nehmen sollte. Gerade da ist ein Fall, der speziell Holland betrifft, sehr interessant. Die eigentümlichen Verhältnisse in Holland bedingen, daß die studierenden Holländer, die wir doch den slawischen Elementen gern vorziehen, bei uns etwas in Nachteil kommen können. Holland hat zwei Arten von Schulen, einmal die Realschulen, diese bilden für die technische Hochschule vor, und wer von der Realschule kommt, hat nicht das Recht, auf der Universität zu studieren. Umgekehrt hat der Gymnasiast das Recht, auf der Universität zu studieren, aber nicht auf der technischen Hochschule. Da nun wir die Ansprüche für Hochschule und Universität gleich hoch schrauben, kommen die Schüler holländischer Anstalten, die in Deutschland studieren wollen, in eine große Verlegenheit, indem sie, wenn sie eine holländische Realschule absolviert haben, für die technische Hochschule als nicht genügend vorgebildet angesehen werden können, oder wenn man streng die holländischen Verhältnisse überträgt, kann ein Holländer, der sein heimatliches Gymnasium absolviert hat, von einer deutschen technischen Hochschule abgewiesen werden.

Prof. Dr. Bredt: Ich möchte bitten, den Antrag dahin zu erweitern, daß Holländer, die uns Niederrheinischen jedenfalls ebenso nahe stehen, wie die Österreicher, von dieser beschränkten Maßnahme ausgeschlossen werden, die Niederländer haben doch eine der unserigen nahe verwandte Sprache und sind daher leichter imstande, mit Erfolg an den Vorlesungen teilzunehmen. Ich möchte das insbesondere auch deshalb beantragen, weil Luxemburg das Recht eingeräumt worden ist, daß die von den dortigen höheren Schulen kommenden Studierenden den deutschen vollkommen gleich behandelt werden.

Ich würde es gewissermaßen als eine Ungerechtigkeit betrachten, wenn man den Luxemburgern etwas gestattet, was man den Holländern abschlägt. Es würde aber auch unzweckmäßig sein, da wir vom nationalökonomischen und politischen Standpunkt aus uns bemühen sollten, die Holländer mehr und mehr an uns heranzuziehen, und zwar nicht nur im handelspolitischen Interesse, sondern auch im wissenschaftlichen Interesse und im Interesse unserer Hochschulen selber. Wenn man an der Grenze wohnt und viel mit Holländern verkehrt, so merkt man den nationalen Unterschied kaum, und Sie sehen, daß Männer mit einer Vorbildung wie sie an den holländischen Schulen gegeben wird, ganz hervorragend Tüchtiges geleistet haben; Beweis dafür sind die Namen, die Ihnen vorhin genannt worden sind.

Dr. Goldschmidt: Ich möchte zunächst konstatieren, daß ich nur einen Bericht erstattet und mich jedes Antrages enthalten habe. Ich danke aber Herrn Prof. Bredt und Herrn Dr. Keppeler für die Aufklärungen, die sie uns

über die holländische Vorbildung gegeben haben. Ich kenne die holländischen Schulen nicht, habe also darüber kein Urteil.

Ich habe es auch als Wunsch hingestellt, daß nicht schematische Verfügungen vom Ministerium erlassen werden. Bei Luxemburg war die Bestimmung getroffen worden, daß die Luxemburger nicht zu unseren Hochschulen zugelassen werden sollten. Infolge einer Vorstellung des Ministers von Luxemburg ist diese Verfügung wieder rückgängig gemacht worden. Sie sehen also, es kommen offenbar auch noch andere Verhältnisse in Frage als die Hochschulverhältnisse, z. B. die politischen Beziehungen und dgl. Übrigens nassauern die Luxemburger überhaupt bei uns in Deutschland herum; sie haben die größten Eisenwerke, ziehen viel Geld davon und tragen keine Lasten, auch nicht die Lasten, die wir uns für unsere Hochschulen auferlegen.

Ich bin also auch der Ansicht, daß die Hochschulen selber je nach den obwaltenden Verhältnissen vorgehen sollten. Was für Aachen passend ist, ist es noch nicht für Königsberg, und wenn dort der Rektor und der Abteilungsvorsteher der Ansicht sind, daß die von holländischen Realschulen kommenden Studierenden für das Studium geeignet sind, so habe ich absolut nichts dagegen einzuwenden; im Gegenteil, gegenüber den glänzenden Namen, die wir vorhin gehört haben, scheint es mir in der Tat zweckmäßiger zu sein, in diesem Falle ein möglichst weites Entgegenkommen zu zeigen. Ich möchte die Herren nur bitten, daß die holländischen Studierenden nicht alle auf einen Platz zusammengesetzt, sondern zwischen unseren Studierenden verteilt werden, damit sie gegenseitig voneinander lernen.

f) Antrag des Märkischen Bezirksvereins vom Jahre 1904. Referent: Dir. Fritz Lüty.

Dir. Fritz Lüty: M. H.! Sie fanden im Geschäftsbericht die Eingabe des Vereins abgedruckt, die der Vorstand in Verfolgung der Mannheimer Beschlüsse an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten gerichtet hat. Wir haben bislang erst eine Antwort bekommen und zwar von Karlsruhe. Wir können nur wünschen, daß auch in den anderen Bundesstaaten Fachreferenten vorhanden wären, wie das Großherzoglich badische Ministerium namhaft macht. Wie mir der Herr Vorsitzende mitteilt, ist auch in Hessen in gleich gutem Sinne für die Chemiker gesorgt.

Wir müssen abwarten, welche Antworten wir auf unsere Eingabe von den anderen Staaten bekommen, und verspreche ich Ihnen, diese Antworten von Fall zu Fall in der Zeitschrift zu veröffentlichen.

9. Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse über den Stand derselben.

(s. S. 1437).

Berichterstatte Dr. Kubiarsky: M. H. Auf der vorjährigen Hauptversammlung in Mannheim erschien zum ersten Male auf der Tagesordnung für die geschäftliche Sitzung die Position Hilfskasse und ich hatte den Vorzug, Ihnen über

die Errichtung unserer Kasse und über die Mittel, mit denen die Kasse ihre Tätigkeit aufnehmen sollte, Bericht zu erstatten, war es auch vom Standpunkt moderner Kapitalistik immerhin nur ein bescheidenes Sümmchen, das dem Kuratorium dieser Hilfskasse zur Verfügung stand, so glaubte ich doch, von einem recht erfreulichen Anfang sprechen zu dürfen. Es stand uns ein Kapital von 22 000 M und eine für das Jahr zu verausgebende Summe von annähernd 3000 M zur Verfügung.

Sie wünschen zu hören, was die Kasse gewirkt hat. In der Tat war es nicht viel. Ich wünschte wohl, daß es mehr gewesen wäre. Im Jahre 1904 sind nur zwei Anträge an das Kuratorium gelangt, und von diesen Anträgen mußte noch dazu der eine aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden. Vom Standpunkt der Sparsamkeit ist dieses Resultat andererseits nicht unerfreulich, denn von den zur Verfügung stehenden Mitteln ist nur ein sehr kleiner Teil zur Ausgabe gelangt. Und nach einer Verständigung im Kuratorium kann nun ein erheblicherer Betrag für das neue Jahr eingesetzt werden, während die Hälfte zum Stammkapital fließen soll. Es erhöht sich dadurch das Stammkapital um etwa 1300 M. Außerdem hat aber das Stammkapital durch neue Zuwendungen noch recht erhebliche Beiträge erhalten, so daß es im ganzen vorigen Jahre um nicht weniger als 5400 M, d. h. um 25% gewachsen ist. Ich glaube, es liegt nicht im Sinne der Spender, wenn ich einzelne hier namhaft mache, aber ich gebe anheim, in deren Liste hier Einblick zu nehmen; der eine oder der andere erhält vielleicht daraus die Anregung, auch seinerseits in die Tasche zu greifen und Mittel beizusteuern, die wir über kurz oder lang doch gewiß einmal brauchen werden. Für das neue Jahr, n. H., stehen uns nicht weniger als 4200 M gegenüber annähernd 3000 M im vorigen Jahre zur Verfügung, so daß wir jedenfalls mit Beruhigung den Anträgen, die an uns herantreten sollten, entgegensehen können. Das Interesse für die Angelegenheit der Hilfskasse ist, wie schon aus den Mitteilungen, die ich soeben gemacht habe, hervorgeht, ein erfreulich großes. Die Bezirksvereine haben sich für die Hilfskasse fast ohne Ausnahme nicht nur in der Theorie, sondern auch praktisch betätigt, d. h. sie haben nicht nur mit der Hilfskasse sympathisiert, sondern auch redlich Beiträge geleistet. Im ganzen sind unter den 19 Vereinen überhaupt nur 4, welche nichts beigesteuert haben, und nur ein einziger Verein steht der Hilfskasse des Vereins deutscher Chemiker ganz ablehnend gegenüber. Ich hoffe aber, daß auch diese Ablehnung allmählich einer freundlicheren Gesinnung Platz machen wird, und daß in bezug auf die Zweckmäßigkeit unserer Hilfskasse in die Kreise unseres Vereins schließlich eine Einmütigkeit des Urteils einziehen wird, die sich für ein derartiges Unternehmen nur wünschen läßt. Der Hauptverein ist jedenfalls mit gutem Beispiel vorangegangen.

Zu meiner Freude finde ich, daß die als Höchstsumme für 1905 ausgeworfene Unterstützung des Hauptvereins in Höhe von 1000 M ausbezahlt worden ist, und noch mehr, daß auch für 1906 die gleiche Summe eingesetzt wurde. Wenn auch das Kuratorium bis jetzt noch nicht in der Lage war, viel von den Geldern, die ihm zur Verfügung standen,

auszuschütten, so bitte ich Sie, durchaus nicht etwa falsche Schlüsse zu ziehen und nun die Hände in den Schoß zu legen. Die Hilfskasse ist keine Interessentenvereinigung, die Gewinne machen, sondern ein Institut, das Gelder ausgeben will. Wenn eine auf Gewinn gerichtete Vereinigung bekanntermaßen zuerst Gelder ausgeben muß, so muß umgekehrt eine Hilfskasse im Hinblick auf zukünftige Ausgaben erst mal Gelder einnehmen, und deshalb ist der Zustand, den wir augenblicklich zu verzeichnen haben, durchaus zweckdienlich; der im vorigen Jahre gepflanzte Baum der Hilfskasse ist bis heute fröhlich weiter gewachsen, und ich glaube, Sie alle werden mit mir darüber einig sein, daß seinerzeit auch diejenigen nicht fehlen werden, die bereit sind, die Früchte, die dieser Baum zu spenden in der Lage ist, zu genießen.

Dir. Fritz Lüt y: Ich muß konstatieren, daß ich die Ausführungen meines Kollegen vom Kuratorium der Hilfskasse noch etwas zu erweitern habe in dem Sinne, daß gestern im Vorstandsrate zwischen dem Vertreter des Berliner Bezirksvereins und mir eine Aussprache dahin stattgefunden hat, daß der Brief, den seinerzeit der Berliner Bezirksverein geschrieben, zu einer mißverständlichen Auffassung Anlaß gegeben hat. Der Berliner Verein wollte uns, nach Angabe des Herrn Dr. Kast, in seinem Schreiben sagen, daß er seine eigene Hilfskasse so reichlich mit Mitteln dotiere, daß keine Gelder überflüssig blieben, um die Hilfskasse des Hauptvereins zu unterstützen. Nach dem Dafürhalten des Berliner Bezirksvereins würde es daher kaum eintreten, daß seine Mitglieder die Kasse des Hauptvereins in Anspruch nehmen.

Das Kuratorium der Hilfskasse hat allerdings diesen Brief ganz anders aufgefaßt. Wir haben daher gestern mit Freuden die Erklärung des Vertreters des Berliner Vereins entgegengenommen und haben infolgedessen Herrn Dr. Kast unsererseits eine Erklärung dahin abgegeben, daß wir selbstverständlich für die Folge sehr gern bereit sind, auch Mitglieder des Berliner Bezirksvereins in den Bereich der Geschäfte der Hilfskasse des Hauptvereins einzubeziehen, wenn dem Kuratorium seitens der berufenen Vertreter des Berliner Bezirksvereins die von Herrn Dr. Kast vertretene Auffassung des Briefes schriftlich bestätigt wird. (Beifall!)

10. Bericht über die von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ernannte Kommission

zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den höheren Schulen.

Referent: Prof. Dr. C. Duisberg.

Der Referent berichtet in der gleichen ausführlichen Weise, wie in der Sitzung des Vorstandsrats, unter dem lebhaften Beifall der Versammlung über die bisherigen Arbeiten der Kommission der Naturforscherversammlung (s. S. 1439).

Vorsitzender: M. H., Ihr lebhafter Beifall beweist, daß Ihnen dasjenige, was Herr Prof.

Dr. Duisberg vorgetragen hat, gut gefiel, und daß seine Anregungen hoffentlich auf einen guten Boden gefallen sind.

Ich schlage Ihnen vor, nun zu behandeln: den Dringlichkeitsantrag, betreffend die vom Verband deutscher Patentanwälte erstrebte Änderung des deutschen Patentgesetzes.

Derselbe lautet:

„Der Verein deutscher Chemiker hält es für erforderlich, gegenüber einer vom Verband deutscher Patentanwälte, dem Reichstag eingereichten und dort in der Reichstagsitzung vom 14. März besprochenen Denkschrift, betitelt: Mißstände im Patentwesen, zu erklären, daß der chemischen Industrie derartige Mißstände nicht bekannt sind, daß vielmehr das Patentamt seit der vor etwa zwei Jahren begonnenen Neuorganisation das ernste Bestreben zeigt, das im Interesse der Erfinder und der Industrie geschaffene Patentgesetz in einer für die Beteiligten erfolgreichen und nützlichen Weise zu handhaben. Wir betonen wiederholt, daß die Grundlagen der deutschen Patentgesetzgebung sich durchaus bewährt haben, und daß die deutsche chemische Industrie insbesondere, unentwegt auf dem Boden des Vorprüfungsverfahrens steht. Wenn die Industrie trotzdem noch einige Reformwünsche hat — es sei dabei an die vor drei Jahren auf unserer Hauptversammlung in Düsseldorf angenommene Resolution über die Zulassung von Abhängigkeitserklärungen und die Schaffung eines Patentgerichtshofes erinnert —, so läßt sich eine solche Reform bei voller Aufrechterhaltung der bewährten Grundlagen des jetzigen deutschen Patentsystems durchführen.“

Berichterstatter Dir. Prof. Dr. Duisberg: M. H., wir haben gestern den Dringlichkeitsantrag eingebracht, damit wir schon in diesem Jahre Stellung zu einer Eingabe nehmen können, welche der Verband deutscher Patentanwälte an den Reichstag hat gelangen lassen. Es ist das jene im Dezember v. J. an alle Mitglieder des Reichstags gesandte größere Denkschrift, die ich Ihnen hier nicht vorlesen will, weil sie es nicht verdient, sondern bezüglich ich mich darauf beschränken möchte, Ihnen aus der Kölnischen Zeitung das vorzulesen, was einige Reichstagsabgeordnete an kritischen Betrachtungen bei der Beratung am 14. März vorgetragen haben. Auch Dr. Boettinger hat die Eingabe des Verbandes der deutschen Patentanwälte zum Gegenstand einer Interpellation beim Etat des Reichsamtes des Innern gemacht. Daraufhin haben Vertreter aller Parteien das Wort ergriffen, darunter auch der Kollege des Herrn Boettinger, Herr Dr. Paasche, der die Denkschrift in der schärfsten Weise verurteilt. (s. S. 1450).

Dann hat Herr Graf von Posadowsky erwidert und hat erwähnt, daß er sich voll dem

anschlösse, was Herr Dr. Paasche gesagt habe. Er müsse auch zu seinem Bedauern sagen, daß man mit dem Geist, der im Patentanwaltstand herrsche, nicht durchweg sympathisieren könne (s. S. 1451).

Wir wollen nun hier in unserer Hauptversammlung diese Kritik an dieser Denkschrift nicht fortsetzen, denn das ist im Reichstag zur Genüge geschehen. In dieser Denkschrift hat man aber behauptet, daß eine Reihe von Mißständen im Patentwesen vorhanden seien, die schleuniger gesetzlicher Abhilfe bedürfen. Wenn Sie nun bedenken, daß es auf dem Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz in Frankfurt vor fünf Jahren die chemische Industrie war, welche die damals von den Patentanwälten erhobene und von vielen Vertretern der mechanischen Industrie unterstützte Forderung der Beseitigung des Vorprüfungsverfahrens im Patentwesen in Deutschland, zu Fall brachte, und wenn wir sehen, wie hier erneut wieder eingesetzt wird, um das, was man damals nicht erreichen konnte, auf anderem Wege zur Durchführung zu bringen, dann werden Sie begreifen, wenn wir heute die Gelegenheit benutzen, unsere Meinung zu äußern. Denn trotz der scharf kritischen Form der Denkschrift ist im Reichstag der Antrag, der auf eine baldige Einbringung einer Reform der sämtlichen Schutzgesetze auf industriellem Gebiet gestellt worden ist, angenommen worden. Man wünscht allerdings in erster Linie Verbesserungen im Warenzeichen- und Musterschutzgesetz; aber uns, die wir uns vor drei Jahren in Düsseldorf so intensiv mit dem Patentgesetz beschäftigt haben, liegt vor allen Dingen daran, immer wieder und wieder zum Ausdruck zu bringen, daß die Grundlage unseres deutschen Patentgesetzes, das uns ja jetzt überall in der Welt nachgemacht wird — Österreich hat das Vorprüfungsverfahren eingeführt, England ebenfalls, und Amerika besitzt es von Anfang an — unberührt bleibt. Wir möchten daher, nachdem der Präsident des Kaiserlichen Patentamtes, wie Sie aus dem Verhandlungsbericht und dem Bericht der damals eingesetzten Kommission wissen, unseren Wünschen in vollem Maße Rechnung getragen hat, nochmals zum Ausdruck bringen, daß wir zufrieden sind. Es bleiben ja noch Wünsche übrig, z. B. die Abhängigkeitserklärung, die vom Reichsgericht de facto aus dem Gesetz entfernt worden ist, und ferner der Patentgerichtshof, kurz, diese Wünsche bleiben bestehen. Dieselben lassen sich aber ohne Änderung des Gesetzes nicht durchführen. Wir haben daher gestern im Vorstandsrate einstimmig ohne Debatte beschlossen, die vorliegende Resolution zu beantragen.

M. H., ich brauche zu dieser Resolution, nachdem ich sie schon einleitend begründet habe, nichts weiter hinzufügen. Ich bitte Sie, tun Sie desgleichen, wie der Vorstand und der Vorstandsrat getan haben, und nehmen Sie, wenn möglich, diese Resolution auch ohne Debatte an!

Patentanwalt Böttner - Berlin: M. H., der vorliegende Antrag ist mir eben erst zur Kenntnis gekommen, und ich meine, daß die Versammlung, soweit sie nicht aus Mitgliedern des Vorstandes oder Vorstandsrates besteht, vielleicht auch von dem Antrage nicht eher Kenntnis gehabt hat, und es fehlt uns daher jedes Material, uns selbst ein

eigenes Urteil darüber zu bilden, ob diese Resolution wenigstens in ihrem Hauptgedankengang zutreffend ist. Deswegen würde ich bitten, diese Sache zu vertagen und als Antrag auf die Tagesordnung der nächstjährigen Hauptversammlung zu setzen.

Ich will kurz anführen, daß der Zeitungsbericht, der uns hier vorgelesen ist, ja ganz deutlich zeigt, wie die Sache im Reichstag behandelt worden ist, welche Behandlung der Antrag der Patentanwälte dort gefunden hat, und schon dadurch geht der vorgeschlagenen Resolution der Charakter der Dringlichkeit verloren. Die Sache ist eigentlich insofern schon gewissermaßen erledigt, als ja bis zur nächsten Tagung keine Maßnahmen zu befürchten sind, die verhindert werden müßten. Ferner möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in der ganzen Denkschrift — ich will bemerken, daß ich hier weder als Verteidiger, noch als Kritiker der Denkschrift schon wegen des mangelnden Materials aufzutreten mich berufen fühle — meiner Auffassung nach mit keinem Worte die Rede davon ist, daß das Vorprüfungsverfahren etwa in Frage gestellt werden soll, und ich glaube auch nicht, soweit ich die Kollegen kenne, — es kann dahingestellt bleiben, ob es einige gibt, die sagen: Das Vorprüfungsverfahren könnte fortfallen, — daß die Beseitigung des Vorprüfungsverfahrens allgemein gewünscht wird. Jedenfalls hat die Denkschrift, soweit sie mir zur Kenntnis gekommen ist, nicht die Absicht küngegeben, das Vorprüfungsverfahren zu beseitigen, und ich glaube, es würde auch niemals, oder wenigstens vorläufig nicht eine Mehrheit bei den Kollegen dafür zu finden sein, daß das Vorprüfungsverfahren beseitigt werde.

Ich meine daher, es wäre besser, wenn der Antrag vertagt wird. Wir müssen uns doch auch selber ein Urteil darüber bilden können und dürfen uns nicht einfach auf das Urteil der Antragsteller verlassen, in letzterem Falle würde dem Beschluß kein besonderes Gewicht zukommen. Es wäre ja möglich, daß hier eine mißverständliche Auffassung nach gewisser Richtung vorliegt. Wir müssen doch in der Lage sein, uns das Material so weit zu beschaffen, bzw. dasselbe selbst zu prüfen, damit wir uns ein möglichst objektives Urteil bilden können. Ich denke also, wir tun besser, die Sache auf das nächste Jahr zu verschieben, und ich glaube, daß dann etwas Vollkommenes und Praktischeres herauskommen wird, als es dieser Antrag hier zu sein scheint. Dann könnten die Vorschläge, die in dem Antrag angeregt worden sind, um gewisse, in diesem Antrag angedeutete Mängel in dem Patentgesetz zu beseitigen, noch weiter ausgebildet und zu substantiierten Anträgen verdichtet werden. Also, m. H., schon deshalb, weil wir nicht in der Lage sind, uns mangels des erforderlichen Materials genau die Tragweite dieser Beschlüsse zu vergegenwärtigen, bitte ich, die Diskussion zu schließen und den Antrag in geeigneter Form auf die Tagesordnung der nächstjährigen Versammlung zu setzen, eventuell den Vorstand zu ersuchen, geeignete Schritte zu tun, daß die Sache von einer Kommission oder dem Vorstände entsprechend vorbereiten und uns dann im nächsten Jahre mit entsprechenden Anträgen wieder vorgelegt wird.

Vorsitzender: Darüber, ob ein Antrag dringlich ist oder nicht, entscheidet nach unserem

Gebrauch der Gesamtvorstand. Da der Gesamtvorstand diesen Antrag gestern als dringlich anerkannt hat, haben wir die Resolution der Versammlung heute vorgelegt. Die Versammlung kann selbstverständlich diese Resolution ablehnen, aber ich bitte, im Namen des Vorstandes und Vorstandsrates, die Resolution anzunehmen.

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: Es ist die Behauptung aufgestellt worden, es handle sich hier nicht um eine dringliche Sache. Nun, m. H., wir tagen nur einmal im Jahre; wenn wir also die Eingabe des Verbandes der Patentanwälte — ich nehme an, der Herr Vorredner ist Vertreter des Verbandes (Zuruf: Nein, nur Mitglied!) — also Vertreter des Standes der Patentanwälte — (Ja-wohl!) im nächsten Jahre verhandeln wollen, wird jedermann sagen: wie kommt ihr jetzt mit einer Sache, die vor zwei Jahren aktuell war. Denn, m. H., im Dezember v. J. ist die Eingabe dem Reichstag gemacht worden, Kenntnis haben wir und die Allgemeinheit erst durch die Reichstagsverhandlungen davon bekommen, ich bin durch Mitglieder des Reichstages in den Besitz der Denkschrift gelangt, und dadurch ist es erst möglich gewesen, die Sache noch heute hier vor diese Versammlung zu bringen. Was wollen wir denn eigentlich? Wir wollen die Mißstände, die die Patentanwälte in ihrer Eingabe vorgetragen haben, hier keineswegs erörtern. Man hat behauptet, es bestehe ein Mißstand in der Auslegung des bestehenden Patentgesetzes. Kennen Sie diese Mißstände? Die Vertreter der chemischen Industrie und ich persönlich, der ich viel mit patentamtlichen Dingen zu tun habe, und meine Firma, sowie all die Firmen, die mit uns durch Interessengemeinschaft verbunden sind, kennen solche Mißstände nicht. Nun, dann ist es auch unser gutes Recht, daß wir hier der Wahrheit die Ehre geben und laut und deutlich sagen, daß uns und der chemischen Industrie derartige Mißstände nicht bekannt sind. Daß Mißstände von anderen vielleicht empfunden werden, mag ja sein. Wir kennen sie nicht, und wir üben damit auch keine Kritik an der Denkschrift.

Wenn der Herr Vorredner sagt, er stehe auf dem Standpunkt und mit ihm die Mehrzahl seiner Kollegen, daß das Vorprüfungsverfahren bestehen bleiben solle, so begrüße ich das mit großer Freude. Dann hat sich aber eine große Wandlung vollzogen; ich erinnere nur an Frankfurt, da hing es an einem Zwirnsfaden, daß der dort auf Beseitigung der Vorprüfung gestellte Antrag nicht mit großer Mehrheit durchging. Ich freue mich also der veränderten Sachlage und begrüße sie mit großer Genugtuung. Umsomehr aber möchte ich zum Ausdruck gebracht wissen, daß dies auch die allgemeine und vor allem nach wie vor unsere Meinung ist. Aus ganz offiziellen Quellen weiß ich, daß man das Gefühl bei der Regierung selbst auch hat, die Patentanwälte beabsichtigten, die ganze Grundlage unseres bewährten Patentgesetzes, das Vorprüfungsverfahren, zu erschüttern. Möglicherweise will man zwar die Vorprüfung nicht ganz, aber teilweise beseitigen — das mag vielleicht das Mißverständnis sein, von dem der Herr Vorredner sprach —, d. h. das Patentamt soll nur auf die Neuheit, nicht aber auf die Patentfähigkeit prüfen. Es ist immer die Vorprüfung, gegen die man angeht, und es ist

meines Erachtens mehr denn je nötig, immer und immer wieder zu betonen, was wir in Düsseldorf und auch später gesagt haben: O, rühret, rühret nicht daran und laßt die Vorprüfung, wie sie jetzt ist, ruhig bestehen! Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie, m. H., nehmen Sie die Resolution an. (Bravo!)

Dr. Karl Goldschmidt: Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Prof. Dr. Duisberg gesagt hat. Meine Firma hat viel mit dem Patentamt zu tun, und wir haben es in dieser Behörde nicht nur mit einem strengen Kritiker, sondern auch mit einem wohlwollenden Berater zu tun gehabt. Es stößt sich vielleicht mancher daran, daß hier die Schrift der Patentanwälte angezogen ist, die nur wenige von uns kennen; man könnte vielleicht diese Stelle aus der Resolution herauslassen, dann würde ja der Antrag doch fast dasselbe sagen.

Dir. Prof. Dr. C. Duisberg: Wir müssen es der Begründung unserer Resolution wegen erwähnen.

Patentanwalt Büttner-Berlin: Aus dem Dringlichkeitsantrag empfang ich zunächst den Eindruck, daß es sich darum handelte, eigentlich einen Gegensatz zu den Patentanwälten und der Industrie zu konstatieren. (Widerspruch.) Mit Rücksicht auf den Eindruck, den der Antrag auf mich gemacht hat, ist es doch nicht unmöglich, daß auch andere das herauslesen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß die Patentanwälte absolut nicht im Gegensatz zur Industrie stehen, sondern stets bestrebt sind, der Industrie zum Besten zu dienen, und daß, wenn sie Anträge stellen, falls diese nach Auffassung anderer vielleicht auch etwas zu weitgehend sein mögen, in der Form und im Inhalt, sie dieselben doch auch zum Besten der Industrie gestellt zu haben glauben. Die Denkschrift ist aus den letzten Tagen des vergangenen Jahres datiert, aber erst, wenn ich nicht irre, im Februar eingereicht worden, und ich kann nur wiederholen: es ist mit keinem Wort davon die Rede, daß das Vorprüfungsverfahren abgeschafft werden soll, sondern es ist nur — in einer Form, die vielleicht nicht jedem behagt — verschiedenes kritisiert worden. Ich nehme hier gar keine Stellung dazu, weil ich nicht berufen bin, über die Denkschrift, die eingereicht ist, hier Mitteilung zu machen. Ich habe die Denkschrift hier nicht zu vertreten, aber ich meine: es ist nichts vom Vorprüfungsverfahren darin enthalten. Ich weiß aber notorisch aus der Unterhaltung, die ich mit den Kollegen gepflogen habe, daß es sich nur darum handelt, das Vorprüfungsverfahren zu verbessern, nicht aber, es zu beseitigen. Es handelt sich darum, daß die Vorprüfer eine andere Stellung haben sollen, als sie sie bei der Übung unter dem bestehenden Gesetz haben. Ich möchte gern vermeiden, daß die Denkschrift, die schon so viele Mißklänge hervorgerufen hat, was ich nicht wünsche, nun auch noch hier einen Mißklang hervorruft. Erledigt ist die Denkschrift ja, das wissen wir, Eile ist also gar nicht notwendig, und es genügt — wenn der Verein überhaupt Stellung dazu nehmen will —, daß die Sache im nächsten Jahre zur Verhandlung kommt. Darum mein Antrag.

NB. Bei der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag habe ich erklärt, daß ich auch aus den in meinen Ausführungen entwickelten Gründen heute nicht in der Lage wäre, meine Stimme nach der einen oder anderen Richtung abzugeben, so daß ich nach Ablehnung meines Antrages mich der Stimmenabgabe bzw. des Dringlichkeitsantrages enthalten würde.

Vorsitzender: Wenn niemand mehr das Wort nimmt, bringe ich die Resolution zur Abstimmung. Wer für die vom Vorstände und vom Vorstandsrat vorgelegte Resolution ist, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich konstatiere: Der Antrag ist gegen eine Stimme angenommen.

11. Antrag des Bezirksvereins Oberschlesien.

Der Oberschlesische Bezirksverein stellt den Antrag, das alljährlich erscheinende Mitgliederverzeichnis in der Weise vervollständigen zu wollen, daß als Anhang ein Verzeichnis der Mitglieder nach den Wohnorten aufgenommen wird, wie dies z. B. bei „Stahl und Eisen“ der Fall ist. Referent: Dir. F. R u s s i g. Korreferent: Dir. L ü t y.

Dieser Antrag ist zurückgezogen.

12a. Antrag des Bezirksvereins Oberschlesien.

In Erwägung, daß die Zeitschrift für angewandte Chemie als offizielles Organ des Vereins deutscher Chemiker die Pflege der persönlichen Beziehungen unter den Mitgliedern und des gegenseitigen Wettbewerbes der Bezirksvereine in Erfüllung ihrer Vereinspflichten zu fördern berufen ist, beantragt der Oberschlesische Bezirksverein beim Hauptverein die Wiedereinführung der seit Juli 1904 auf die Umschlagseiten verwiesenen Mitglieder-nachrichten auf die Textseiten der Zeitschrift für angewandte Chemie und die Veröffentlichung auch derjenigen Punkte der von den Bezirksvereinen an den Geschäftsführer des Vereins laufend erstatteten Sitzungsberichte, welche in der Hauptsache nur für die Mitglieder des berichtenden Bezirksvereins Interesse haben. Ferner beantragt der Oberschlesische Bezirksverein deutscher Chemiker die Bekanntmachung der aus dem Verein austretenden Mitglieder an derselben Stelle, an der die Vorschläge für neu aufzunehmende Mitglieder veröffentlicht werden. Referent: Dir. R u s s i g. Korreferent: Geschäftsführer Dir. L ü t y.

Dieser Antrag ist auf 2 Jahre zurückgestellt.

12b. Antrag des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins.

Um die Mitgliederliste der Bezirksvereine mit der des Hauptvereins übereinstimmend zu halten, ist sowohl der Austritt aus dem Hauptverein wie auch der Übertritt in einen anderen Bezirksverein in der Vereinszeitschrift bei den Mitteilungen zum Mitgliederverzeichnis zu veröffentlichen. Referent: Dr. Wirth. Korreferent: Dir. Fritz Lüty.

Dieser Antrag ist ein wenig geändert von den Herren Antragstellern und dem Herrn Referenten insoweit, daß nur der Austritt aus dem Hauptverein in der Vereinszeitschrift bei den Mitteilungen zum Mitgliederverzeichnis zu veröffentlichen ist. Es soll also der Eintritt in einen anderen Bezirksverein dort nicht mitgeteilt werden. Der Vorstand und der Vorstandsrat bitten Sie, den Antrag in dieser Form anzunehmen.

Berichterstatter Dr. Wirth: M. H., es wurde gestern lang und breit über die Sache gesprochen, und im allgemeinen war die Stimmung für den Antrag; ich wünschte nur noch, daß hinzugefügt würde, daß der Übertritt von einem Bezirksverein in einen anderen von dem neuen Bezirksverein dem alten mitzuteilen ist; das ist bisher nicht allgemein geschehen. Wenn ein Herr von einem Bezirksverein in einen anderen übergetreten ist, so ist das häufig mit Stillschweigen übergangen worden, und der neue Bezirksverein hat dem alten keine Mitteilung gemacht. Es ist vielleicht nicht notwendig, die Sache in den Antrag hineinzubringen, aber es wäre sehr wünschenswert, wenn dieser Usus eingeführt würde.

Vorsitzender: Es wäre allerdings sehr gut, wenn das geschehe, und ich glaube, wir können nur empfehlen, daß die einzelnen Bezirksvereine sich Mitteilungen beim Übertreten von Mitgliedern machen.

Apotheker Wentzki: Ich würde vorschlagen, daß wir die Fassung dem Vorstände überlassen; denn oft weiß der Bezirksverein nicht, ob ein Mitglied, das bei ihm eintritt, vorher schon einem anderen Bezirksverein angehört hat. Darum möchte ich bitten, es bei der alten Fassung zu lassen.

Vorsitzender: Es liegt also jetzt ein weiterer Antrag vor, es bei der ursprünglichen Fassung des Antrages zu belassen.

Der Vorstand und der Vorstandsrat schlagen Ihnen vor, die neue Fassung annehmen zu wollen. Wer für den Antrag des Vorstandes und des Vorstandsrats ist, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Wird die Gegenprobe gewünscht? — Wenn nicht, dann erkläre ich den Antrag in der vom Vorstand und Vorstandsrat Ihnen empfohlenen Form für angenommen.

Wir sind damit am Schluß unserer Tagung angelangt, und wenn niemand sich mehr zum Wort gemeldet, danke ich den Herren für Ihr Erscheinen und für das Interesse, daß Sie unseren Verhandlungen entgegengebracht haben.

Dir. Russig: Ich möchte mir eine Anfrage erlauben. Wäre es nicht möglich, daß der Geschäftsbericht ein paar Tage früher erscheint, könnte er nicht vielleicht mit dem als letztem vor der Hauptversammlung erscheinenden Hefte der Zeitschrift versandt werden? Es würde jedenfalls das Interesse für den Geschäftsbericht vermehren, wenn man sich mit dem Inhalte früher vertraut machen könnte.

Dir. Fritz Lüty: Ja, m. H., der Geschäftsbericht ist nicht allein von der Geschäftsstelle abhängig, da die Abrechnung der Zeitschrift und andere Dinge mehr nicht von der Geschäftsführung, sondern zum Teil von Personen abhängig sind, die außerhalb des Vereins stehen. Da ich den Wunsch des Herrn Vorredners teile, möchte ich die Anregung den Bezirksvereinen weitergeben und bitten, daß die Vereine die Liebenswürdigkeit haben möchten, auch ihrerseits die Berichte dem Geschäftsführer früher zu erstatten, damit der Geschäftsführer den Geschäftsbericht früher veröffentlichen kann. Ein Bezirksverein ist z. B. mit allen anderen im November um Einsendung seines Berichtes ersucht worden, hat aber erst auf Grund der verschiedensten Mahnungen seinen Bericht Anfang Mai eingesendet. Sie werden ein derartiges Verhalten sicherlich nicht in der Ordnung finden.

Helfen Sie also ihrerseits der Geschäftsführung, dann werden Sie sehen, daß diese Ihren Wunsch mit Freuden erfüllen wird.

Geh. Regierungsrat Dr. Lehne: Es ist eine alte Taktik unseres Herrn Geschäftsführers, auf einen Hieb mit einem kräftigen Gegenhieb zu antworten. Ich muß aber sagen, daß es hier deplaziert ist. Ich habe gestern im Vorstandsrat im Sinne des Herrn Vorredners Veranlassung genommen, der Bitte Ausdruck zu geben, daß Sachen, die wir hier beraten sollen, uns frühzeitiger mitgeteilt werden, und ich glaube, gegen diesen berechtigten Wunsch der Bezirksvereine kann auch unser redegewandter Geschäftsführer keinen stichhaltigen Gegengrund geltend machen. Die einzelnen Bezirksvereine können mit Fug und Recht verlangen, daß sie in den Stand gesetzt werden, das, worüber hier beschlossen werden soll, vorher im engeren Kreise eingehend zu beraten.

Dir. Fritz Lüty: Ich möchte Ihnen mitteilen, daß der Bezirksverein, den ich vorhin nicht genannt habe, der Berliner Verein ist. Ich habe den Bericht Anfang Mai bekommen, und ehe ich die Berichte nicht habe, kann ich auch den Geschäftsbericht nicht abschließen.

Geh. Regierungsrat Dr. Lehne: Ich vertrete nicht den Berliner Bezirksverein.

Vorsitzender: M. H., die Anregung ist gut, und wenn es irgend geschehen kann, soll ihr Folge geleistet werden. Das ist ganz selbstverständlich. Aber der Herr Geschäftsführer hat nicht unrecht: Wenn er die Berichte der Bezirksvereine nicht hat, kann er auch keinen Geschäftsbericht schreiben. Er hat mir auch in diesem Falle geschrieben, ich warte auf den Berliner Bericht. (Zuruf: Einfach weglassen!)

Dir. Russig: M. H., ich möchte mir erlauben, einige Worte des Dankes an den Hauptvorstand und den Geschäftsführer zu richten für

die mühevollen Tätigkeit, die auch im abgelaufenen Jahre wieder für den Verein entfaltet worden ist. Wenn auch speziell mein Bezirksverein keinen Weizen heute hier geerntet hat, so werden wir uns das gegenseitig nicht übel nehmen; und wenn auch der Vorstand einmal hott, und wir hüß gehen, so werden wir doch in allen wichtigen Dingen immer

an demselben Stränge ziehen. Wir danken sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes und dem Geschäftsführer herzlich dafür, daß sie unsere Interessen in so würdiger und so tatkräftiger Weise vertreten haben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung. (Schluß 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.)

Referate.

II. 7. Gärungsgewerbe.

K. Saito. *Rhizopus oligosporus*, ein neuer technischer Pilz. (Centralbl. Bakteriologie. 2. Abt. 14, 623—627. 17./6. 1905. Tokyo.)

Verf. erhielt einige Reismehlkuchen, welche die Chinesen in der Stadt Kōbe (Japan) zur Bereitung eines alkoholischen Getränkes aus Reis verwenden. Das ursprüngliche Material stammte aus der Provinz Shan-tung (China), wo es zu demselben Zweck gebraucht wird. Die Kuchen waren von zweierlei Art. Die eine Art wird für die Bereitung des besten Handelsartikels, die andere beim Brennen der normalen Ware verwendet. Der erste Kuchen ist kuglig, ca. 3 cm im Durchmesser, rein weiß und mit Reismehl zusammengeknetet. Beigemengt fanden sich zerschnittene Blattteilchen von Zimt. Das zweite Material war nur ein kleines Stück eines flachen Kuchens, welcher mit einer anderen Reissorte zusammengeknetet und stellenweise mit Reisstroh und groben Blattstücken von einem Dikotylengewächs gemengt war. Außerdem enthielten beide Sorten auch sehr viel Gemmen und Sporen. Die Verzuckerung wird bei der Fabrikation durch eine oder mehrere Schimmelpilzarten herbeigeführt. Verf. fand in den Kuchen drei Fadenpilze, welche die hauptsächlichste Pilzflora bilden. Von diesen wurde die eine Art als *Rhizopus chinensis* bestimmt, die zweite ist neu und wurde vom Verf. wegen der spärlichen Sporenbildung *Rhizopus oligosporus* benannt. Die dritte Art ist der von L i n d n e r gefundenen *Sachsia suaveolens* sehr ähnlich; sie hat keine nennenswerte Verzuckerungskraft. H. Will.

Eduard Buchner und Wilhelm Antoni. Weitere Versuche über die zellfreie Gärung. (Z. physiol. Chem. 42, 206 [1905].)

Verff. stellen durch Versuche fest, daß der Luft-sauerstoff keinen Einfluß auf die Gärkraft des Hefepreßsaftes ausübt, wie das nicht unwahrscheinlich war, ehe die Zerstörung der Zymase durch die proteolytischen Enzyme des Preßsaftes bekannt war. Da Preßsaft aus untergäriger Hefe Rohrzucker und Traubenzucker gleichschnell zerlegt, muß in demselben Invertase vorhanden sein. Die Abtrennung der letzteren von der Zymase ist noch nicht gelungen. Durch Dialyse ist es nicht zu erreichen, da Invertase zu langsam dialysiert. Ebenso wenig läßt sich aus Acetondauerhefe mittels 10%igem Glycerin die Extraktion der Invertase bewerkstelligen. Fraktionierte Alkoholfällung führte ebenfalls nicht zum Ziel. Die Angaben B o k o r n y s, daß Invertase in konz. Rohrzuckerlösungen gehemmt wird, sind unrichtig.

Formaldehyd zerstört bereits in 0,04%iger Konzentration die lebende Hefe. Selbst in 0,24%iger

Konzentration wird Zymase nicht gehemmt. Das umgekehrte ist bei Fluornatriumzusatz zu beobachten. Während 1—2% Fluornatriumgehalt die lebende Hefe kaum beeinflußt, schädigt eine derartige Konzentration die Zymase sehr erheblich.

Verff. konnten die beschleunigende Wirkung von Chininchlorhydrat auf Preßsaft konstatieren, wie dies von O. Grigoriew an der Acetondauerhefe bereits gezeigt wurde. Nach G r o m o w beruht dies auf einer Schädigung der proteolytischen Fermente. H.

Wilhelm Sigmund. Die physiologische Wirkung des Ozons. (Centralbl. Bakteriologie. 2. Abt. 14, 400 bis 415, 494—502. 627—640. 20./4. 1905. München.)

Verf. hat die Einwirkung des Ozons auf Enzyme, auf Gärungsprozesse, auf niedere Pflanzen, insbesondere Bakterien, auf höhere Pflanzen und auf Tiere untersucht.

Alle geprüften Enzyme (Diastase, Emulsin, Pepsin, Invertin, Ptyalin, Pankreatin, Lab) wurden in ihrer Wirksamkeit geschädigt. Der Schädigungsgrad war aber verschieden, nicht nur bei verschiedenen Enzymen, sondern auch bei ein und demselben. Die Intensität der Ozonwirkung wird nämlich nicht nur von der Menge des Ozons, von der Geschwindigkeit des ozonisierten Luft-, bzw. Sauerstoffstromes und von der Einwirkungs-dauer desselben beeinflußt, sondern auch von der Reinheit des Enzyms, ferner von der Konzentration und der Menge der zur Ozonisation gelangenden Enzym-lösung. Ein Abtöten der Diastase durch Ozon gelang erst nach 6stündigem Durchleiten von ozonisierter Luft durch 50 ccm Malzauszug mit einer Geschwindigkeit von 1,5 l pro Stunde und 1 mg O₃ pro Liter, wobei insgesamt 9 mg O₃ zur Wirkung gelangten. Die Schädigung des Invertins war eine viel intensivere, wenn eine verdünnte Lösung zur Ozonisation verwendet wurde.

Das Gärvermögen der Hefe wird durch Ozon entschieden geschwächt; die Größe der Schädigung ist je nach der Intensität der Ozonisation sehr verschieden. Durch kleinere Ozonmengen erfolgt eine relativ geringe Schädigung der Gärkraft, entsprechend dem großen Gehalt der Hefezellen an organischer Substanz, eine stärkere Ozonisation setzt aber das Gärvermögen der Hefe bedeutend herab. Ob die Schädigung des Gärvermögens durch die Schwächung des rohrzuckerspaltenden oder alkoholbildenden Enzyms der Hefe verursacht wurde, bleibt unentschieden.

Schließt man die Oxydation des Alkohols zu Essigsäure durch Ozon aus, so würden die Versuche ergeben, daß die Essigbakterien durch die angewandte Ozonmenge und unter den eingehaltenen Versuchsbedingungen in ihrer Wirksam-